

Arbeitskampf:
In Schaffhausen haben
GärtnerInnen für bessere
Löhne gestreikt.

3

Türkei:
Eine aktuelle Analyse
der Widerstandsbewegung
in Istanbul.

6

Ägypten:
Beurteilung der Situation
nach der zweiten
Revolutionswelle.

7

Musik:
Wie die britische
Arbeiterklasse
den Heavy Metal erfand.

10

vorwärts

die sozialistische zeitung.Retouren:
vorwärts
Postfach 2469
8026 Zürich

Platzbesetzungen sind eine verbreitete Aktionsform der aktuellen Protestbewegungen. Bild: zVg.

Eine weltweite Protestbewegung

mau. Neben den vielen wichtigen Unterschieden zwischen den weltweiten sozialen Protesten zeigt ein genauerer Blick die Gemeinsamkeiten, die man hervorheben muss, um die allgemeine Stossrichtung dieser Protestbewegungen einzuordnen. Dieser Beitrag stellt einen Versuch dar, diese Gemeinsamkeiten zu umschreiben, und Vereinfachungen und Verfälschungen zu vermeiden.

Als sich im Frühjahr 2011 in Tunesien ein Strassenhändler selbstverbrannte, weil sein ambulanter Gemüsestand verboten wurde, konnte sich noch niemand vorstellen, dass dieses Ereignis sinnbildlich zum Auslöser eines weltweit neuen Protestzyklus mutieren würde. Dass der «arabische Frühling» eine solche symbolische, aber auch gesellschaftliche und politische Bedeutung erlangt hat, bedeutet bei weitem nicht, dass nicht schon vorher wichtige Protestbewegungen aufgekommen sind, die in ihrer Intensität und Qualität eine globale Bedeutung gehabt hätten. Erinnerung sei hier nur an ein Beispiel, nämlich an die haitianischen Hungerunruhen im Jahre 2008, die wegen der stark gestiegenen Lebensmittelpreisen ausgebrochen waren. Aufgrund der Verschärfung der Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems, das nun in seiner Totalität tangiert wird, können wir heute jedoch vermehrt beobachten, wie der komplexe Krisenzusammenhang Proteste, Revolten und Revolutionen auslöst, sowohl in den Zentren, wie auch in den Peripherien der Weltgesellschaft. Die Proteste offenbaren also durchaus tiefere Risse der kapitalistischen Produktionsweise, und wir sollten zumindest einen Blick auf diese Wurzeln wagen.

Eine Bewegung der Proletarisierten

Die tiefliegenden Gründe für den Ausbruch der spezifischen Formen von Protesten, Revolten und Revolutionen im arabischen Raum, aber auch in Südafrika, in der Türkei, in China und jüngst in Brasilien liegen in der sozio-ökonomischen Entwicklung des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Rapide Urbanisierung, zunehmende Informalisierung der Arbeit

und soziale, politische und ökonomische Marginalisierung breiter Teile der Proletarisierten haben die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse stark eingeschränkt und die Verarmung eines grossen Teils der Bevölkerung akzentuiert. Hinzu kommen repressive Kontrollmechanismen und mafiöse Strukturen, welche die Bevölkerung schikanieren. Mit den sozialen Protesten in einem krisengeprägten Kontext drängen diese Menschen vermehrt mit neuem Selbstbewusstsein und Durchsetzungsvermögen auf tatsächliche soziale Reformen und Veränderungen.

Gerade die Protestbewegungen im arabischen Raum brechen also mit orientalistischen Klischees statischer und zur Veränderung unfähiger islamischer Gesellschaften. Doch sie brechen auch mit der Vorstellung von «Mittelschichtsbewegungen», bei denen es um einige wenige Rappen für den öffentlichen Verkehr (Brasilien) oder um Bäume in einem öffentlichen Park (Türkei) geht. Unabhängig von der soziologischen Unbrauchbarkeit des «Mittelschicht»-Begriffs zeigen der jahrelange Streikzyklus vor der Besetzung des Tahrir-Platzes in Ägypten, der Anschluss der streikenden ArbeiterInnen der Turkish-Airlines an die Proteste auf dem Taksim-Platz und die Besetzung der Strassen mit Luxusläden durch die Favelas-BewohnerInnen in Rio de Janeiro, dass diejenigen Menschen auf Veränderungen drängen, die nichts anderes zum Leben haben als den Verkauf ihrer Arbeitskraft.

Ende der Vertretung

Die Zunahme vielfältiger Formen des Aktivismus (von direkten, informellen Handlungen Einzel-

ner bis zu kollektiven Platzbesetzungen und Streiks) gehen einher mit dem Niedergang der traditionellen Organisationen wie Kooperativen, Gewerkschaften, NGOs, religiösen Organisationen und klassische Parteien. Gerade der strukturelle Wandel der von den Protesten betroffenen Regionen hat die Legitimität tradierter kollektiver Organisationen in Frage gestellt, da sie meist eine Mitverantwortung tragen für die ständige Prekarisierung der Proletarisierten. Das neue Selbstbewusstsein und Durchsetzungsvermögen der Menschen geht einher mit der Ablehnung einer «Stellvertretungspolitik». Die Protestbewegungen zeichnen sich durch eine ständige gegenseitige Bezugnahme aus, Slogans wie «Taksim ist überall» weisen darauf hin. Die Lernfähigkeit der Klasse wird durch die Möglichkeiten der neuen Informationssysteme beschleunigt. Mit einem Smartphone können innert wenigen Minuten Informationen über Proteste durch den ganzen Globus geschickt werden. Darin den Keim des Kommunismus zu sehen, wie das einige «linke TheoretikerInnen» tun, wäre masslos übertrieben. Sehr wohl werden jedoch dadurch neue Möglichkeiten eröffnet, die vorher so nicht existierten.

Gleichwohl lösen die gegenseitige Bezugnahme und die Ablehnung der politischen Vertretung die grundsätzlichen Probleme sozialer Bewegungen nicht und stellen eine Herausforderung dar: Wie können Kontinuität und Zusammenführung der emanzipatorischen Proteste politisch gesichert werden gegenüber dem repressiven Charakter des Staates und angesichts reaktionärer Kräfte, die sich zum Teil an den Protesten beteiligen?

Die Forderungen der weltweiten Protestbewegungen können – abstrahiert von ihren spezifischen Inhalten – mit den Begriffen «Brot, Gleichheit und Unabhängigkeit» zusammengefasst werden. Ihrem sozialen Inhalt nach appellieren sie an einen regulierenden Staat und sind somit bürgerlich-demokratisch. Doch die angewandten Kampfmittel nehmen durchaus radikale Formen an, die das Potential haben, über den bürgerlich-demokratischen Rahmen zu gehen. Angesichts der Tatsache, dass wir den Kommunismus nicht als Zustand denken müssen, der hergestellt werden soll, oder als Ideal, wonach sich die Wirklichkeit zu richten hätte, sondern als Bewegung, welche die jetzigen Zustände aufhebt, gilt den weltweiten emanzipatorischen Protestbewegungen unsere tiefste Solidarität.

Arbeiterrock

Kürzlich hat Neil Young in Locarno gespielt. Wieso das hierher gehört? – Meine These lautet: Neil Youngs Musik ist Arbeiterrock. Nicht weil sie mehrheitlich von ArbeiterInnen gehört würde (zumindest dieses Konzert vermittelte den Eindruck, als würde dies klassenübergreifend geschehen). Auch nicht aufgrund des Klassenhintergrunds der Musiker selbst. Es geht darum, wie diese Musik gespielt wird. Seit 1968 ist Neil Young mit seiner Band Crazy Horse unterwegs und der geniale Sound der Band hat sich seit damals nicht wesentlich verändert: Drummer Ralph Molina spielt einen simplen, treibenden Beat, Bassist Billy Talbot ergänzt das Fundament mit stapfenden Seitenanschlügen, Gitarrist Frank Sampedro gibt die Akkorde vor – von skelettartig, punktuell bis kraftvoll, extatisch – und Neil Young soliert. Nicht wie Clapton oder Hendrix im Zentrum des Geschehens, die andern Musiker zur Begleitung degradierend. Seine einfachen, stark verzerrt gespielten Melodieläufe fügen sich nahtlos ein in den hypnotisch voranschreitenden Sound, in den sich die Band minutenlang hineinsteigern kann. Das kann auch im Studio bis zu einer halben Stunde gehen. Das ist Rock als Handwerk, jenseits des Geniegedankens. Auch wenn Neil Young der Kopf der Band ist und zahlreiche Alben mit anderen Musikern aufgenommen hat, so gut wie mit Crazy Horse war er sonst nie. Für diese Band gilt, was Keith Richards einmal über sich und Ron Wood gesagt hat: Für sich genommen sind sie nichts Besonderes, zusammen unschlagbar.

DAVID HUNZIKER

Hungerstreik

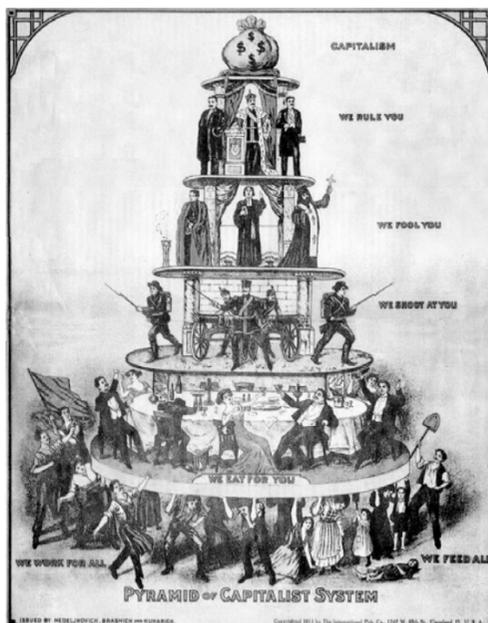
«Wir unterstützen den Aufruf zu den internationalen Aktionstagen vom 5. Und 6. Juli 2013 in Solidarität mit Georges Ibrahim Abdallah zusammen mit zehn politischen Gefangenen der Organisation «La Voie Démocratique basiste» aus Marokko, «Kostas Gournas» (Revolutionärer Kampf) und einem Gefangenen des 17. November (beide Griechenland). Thomas Meyer-Falk hat bereits im Vorfeld der Aktionstage seine Grussbotschaft geschickt. Zwei politische Gefangene der «PC p-m» (Italien) haben ihre Solidaritätserklärung mit der Aktion geschickt. Wir, Marco Camenisch und Andrea Stauffacher, werden zwischen dem 30. Juni und 7. Juli in den Hungerstreik treten (...), schreiben Marco und Andi aus dem Knast. Wir von der vorwärts-Redaktion grüssen euch hiermit und solidarisieren uns mit eurer Aktion.

Sommerpause

Von einem Sommerloch kann aus unserer Perspektive derzeit nicht die Rede sein. Die zahlreichen über den Globus verstreuten Protestbewegungen folgen schliesslich keiner Einteilung des Jahres in aktive und weniger aktive Phasen. Es gibt sie, weil sie gebraucht werden. Dennoch geht der vorwärts mit dieser Ausgabe in seine jährliche Sommerpause. Wir entschuldigen uns hiermit für die zusätzlichen Fehler, die ihr in dieser Ausgabe wohl findet. Der Grund dafür sind technische Probleme bei der Produktion. Eine Pause wird uns gut tun. Die nächste Ausgabe liegt also am 23. August in euren Briefkästen.

Zwischen Gini und Ideologie

tho. Der wirtschaftsliberale Think-Thank «Avenir Suisse» hat mit einer Studie zur Lohn- und Vermögensungleichheit in der Schweiz den Wahlkampf eröffnet. Dabei wird nicht nur deutlich, was in der aktuellen Debatte durcheinander geht, sondern auch wie sich liberale Ideologie gerne legitimiert. Ein Kommentar.



Soziale Ungleichheit oder soziale Klassen: «Avenir Suisse» spielt mit Ideologie. Bild: zVg.

Die Studie der «Avenir Suisse» spricht in den Augen der InitiantInnen eine klare Sprache: Die Einkommensschere geht nicht auf. Die Schweiz liegt im internationalen Vergleich bei der Lohnungleichheit im «besten Drittel». Die Vermögensverteilung ist gerechter, als das gemeinhin angenommen wird. Oder wie es die NZZ in gewohnt objektiver Manier als Titel eines Artikels zusammenfasst: «von wachsender Ungleichheit keine Spur». Man steigt gemeinsam in den Wahlkampf. Die Studie ist ein recht offensichtlicher Angriff auf drei politische Vorstösse: Die 1:12-Initiative, die Mindestlohninitiative und die Erbschaftssteuer-Initiative. Die politischen Schlussfolgerungen von «Avenir Suisse» lesen sich wie aus einem Primarschul-Lehrbuch für Liberale und dürften wie die Resultate schon vor der Studie festgestanden haben: Freier Markt mit möglichst wenig Regulation; auf keinen Fall natürlich so was fatales wie Mindestlöhne. Wo kämen wir da denn hin?

Im Zentrum der Studie steht der sogenannte Gini-Koeffizient. Dieser kann einen Wert zwischen eins und null annehmen. Ist der Wert null, dann ist das Einkommen gleichmässig verteilt. Ist der Wert hingegen eins, dann verdient einer alles, die anderen nichts. Der Wert sei in der Schweiz mit 0,24 so nahe bei null wie in keinem anderen OECD-Land. Nun haben es solche Studien an sich, dass sie in der Regel das zu Tage fördern, was wunderbar in die Weltansicht der AuftraggeberInnen passt. Man kann es ruhig den Gewerkschaften und der Juso überlassen, eine Gegenstudie in Auftrag zu geben: Mit den richtigen Erhebungs- und Berechnungsverfahren wird man bestimmt ein passendes Resultat erzielen oder man vergleicht einfach mit anderen Grössen. Interessanter sind da schon einige viel grundlegendere Probleme der aktuellen Debatte.

Gleichheit statt Bedürfnisse

Eigentlich ist es offensichtlich lächerlich. Die Studie schießt an ihrem politischen Ziel vorbei. Die 1:12-Initiative argumentiert mit den Managerlöhnen im Verhältnis zu den tiefsten Einkommen und nicht mit einer generellen Lohnschere. Diese Differenz ist tatsächlich enorm, auch wenn sie natürlich nicht den Kern des Problems darstellt. In der Mindestlohninitiative geht es darum, dass sich mit dem Einkommen aus den untersten Segmenten kaum ein anständiges Leben führen lässt. Daran ändert auch keine Studie über Einkommensungleichheit etwas. Allerdings dürfte «Avenir Suisse» tatsächlich punkten, weil sie auf ein Basisideologem der bürgerlichen Gesellschaft zurückgreift: Gleichheit und Gerechtigkeit. Im aktuellen Diskurs geht es nie um die Bedürfnisse und Fähigkeiten der unterschiedlichen

Individuen mit ihren verschiedenen Qualitäten. Im Gegenteil machen die ProtagonistInnen genau das, was sie den KommunistInnen fälschlicherweise immer vorwerfen: Sie machen die Leute alle gleich. Im Kapitalismus ist jeder als Marktteilnehmer gleich, wie er auch vor dem Gesetz gleich ist. Diese Gleichmacherei durch Markt und Recht verdoppelt sich in der aktuellen Debatte ideologisch. Diese Gleichheit wird nicht nur anerkannt, ihr werden die Weihen des absolut Unantastbaren verliehen. Dass sich gerade auf dieser Grundlage die Verhältnisse reproduzieren, wird nicht thematisiert. Dazu müsste man nämlich von Klassen sprechen. Davon, dass die einen MarktteilnehmerInnen Kapital besitzen und die anderen bloss ihre Arbeitskraft, die sie immer wieder aufs neue verkaufen müssen, um damit ihre KäuferInnen reich zu machen. Dieser Zustand wird von einem Rechtssystem zementiert, das von diesem Unterschied absieht: Jeder kann rein rechtlich eine Firma gründen und niemand darf unter Brücken schlafen oder Lebensmittel stehlen.

Die InitiantInnen der 1:12-Initiative haben ein Problem, weil sie auch auf dieser Ebene der Gleichheit argumentieren. So als sei diese Gesellschaft deshalb skandalös, weil der Manager mehr als zwölf mal mehr verdient als die Putzfrau im Unternehmen und nicht etwa deswegen, weil jene die Kapitalfunktionen erfüllen, deshalb am Profit beteiligt werden, weil sie – und darauf läuft letztlich alles hinaus – die Ausbeutung besonders gut organisieren. Es kann dann auch nicht erstaunen, dass man implizit Applaus von der falschen Seite erhält: Der Arbeitgeberverband warnte kürzlich die «Wirtschaftsführer» eindringlich und kritisierte die «Boni-Exzesse» scharf.

Vermögen und Einkommen

Die Studie von «Avenir Suisse» kommt nicht umhin, zur Vermögensverteilung einen etwas ungünstigen Gini-Koeffizienten zu präsentieren. Dieser beträgt 0,81. Es ist blanker Hohn, wenn «Avenir Suisse» in der Studie die zukünftige Rente der ArbeiterInnen als ihr Vermögen ausgibt und schliesst, dass die Vermögen deshalb eigentlich viel gerechter verteilt seien.

Im Gegensatz zum blossen Einkommen ist die Höhe der Vermögen weit näher an der inneren Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft angesiedelt. Die Studie weiss aber, warum nichts Verwerfliches daran zu finden ist, dass die Vermögensungleichheit kategorisch höher ist, als die Einkommensungleichheit: Dies «kommt nämlich schon dadurch zustande, dass die meisten Menschen einen Teil ihres Einkommens zur Seite legen. So kumulieren sich die persönlichen Ersparnisse im Lauf des Lebens (...). Viel schöner kann man bürgerliche Ideologie eigentlich kaum präsentieren: Alle arbeiten und legen etwas zur Seite; bloss sind einige damit erfolgreicher. Kein Wort von Klassen, Ausbeutung oder Kapital. Und erst recht kein Wort von der sogenannten «ursprünglichen Akkumulation», der Enteignung der grossen Masse, die die kapitalistische Gesellschaft erst ermöglicht hat.

Gestützt wird diese Ideologie von der Erscheinung des Kapitalismus an seiner Oberfläche: Wie beschrieben sind auf dem Markt erstmal alle gleich. Bloss besitzen die einen eben Kapital und die anderen nur ihre Arbeitskraft. Die Kapitalbesitzer- und VerwalterInnen stellen die ArbeiterInnen ein, um aus ihnen einen Mehrwert herauszuholen. Dieser Mehrwert wird in Form des Profits zum grössten Teil wieder kapitalisiert, das heisst in den Produktions- und Akkumulationskreislauf gespiesen. Dies wird dem einzelnen Kapitalisten von der Konkurrenz aufgezwungen, wenn er nicht untergehen will – aber es bleibt natürlich sein Eigentum. Die Akkumulation von Kapital ist der eigentlich Kern und Antrieb der kapitalistischen Gesellschaft: Sie strukturiert die Gesellschaft und sie führt dazu, dass sich auf der einen Seite ungeheure Vermögen anhäufen, während die anderen es kaum schaffen, «einen Teil ihres Einkommens zur Seite zu legen». Genau darüber müsste man diskutieren, statt Einkommensvergleiche anzustellen, die an der Reproduktion des Zustandes kaum etwas ändern.

Füttere mich!



Unterstütze den vorwärts mit einer Spende: Verlagsgenossenschaft vorwärts, 4056 Basel, PC 40-19855-7. Vielen Dank!

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft vorwärts,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 2469, 8026
Zürich. PC: 40-19855-7.
Die Publikation erscheint 14-täglich.

REDAKTION:

vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich,
Tel. 044 241 66 77,
e-mail: redaktion@vorwaerts.ch
Redaktion: David Hunziker (huz),
Michi Stegmaier (mic), Thomas
Schwendener (tho), Siro Torresan
(sit), Maurizio Coppola (mau)

REGELMÄSSIGE MITARBEIT

Silvia Büchler, Hans Peter Gansner,
Marco Geissbühler, Alex Riva

ABONNEMENTE:

abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 160.–, reduziert
(AHV, Stud.) 110.–, Probeabo:
4 Ausgaben gratis.
Druck: Evert Druck, Neumünster

Des Gärtners Waffe ist der Streik

Urs Zbinden. **Die Schaffhauser Gartenbauer haben in einem fünftägigen Streik Lohnerhöhungen erkämpft. Das Maximalziel eines allgemeingültigen Gesamtarbeitsvertrages wurde hingegen nicht erreicht. Nach Dättwil ist es bereits der zweite Streik in der Deutschschweiz innerhalb kurzer Zeit.**

Es herrschte hektisches Treiben an diesem Freitagnachmittag im Restaurant «zum alten Emmersberg» in Schaffhausen, dem Hauptquartier der streikenden Gartenbauer. Emsig wurden die letzten Vorbereitungen für die Demonstration vom Samstag getroffen: eine Gruppe war mit dem Malen des Transparents beschäftigt, eine andere machte sich auf den Weg in die Altstadt, um Flyer zu verteilen, während sich eine Belegschaft zur Besprechung versammelte. Von auf der faulen Haut liegen, wie es ein gängiges Vorurteil über Streiks will, keine Spur. «So ein Streik gibt schon viel zu tun», meinte ein junger Gartenbauer. «Wir haben manchmal sogar mehr Stress als beim Arbeiten.»

Erfolgreiche Salamitaktik

Nur gerade zweieinhalb Wochen nach dem Ende des Streiks bei der SPAR-Filiale in Dättwil kam es also bereits zum nächsten Arbeitskampf in der Deutschschweiz. Am 3. Juli legten rund 80 Gartenbauer des Kantons Schaffhausen die Arbeit nieder. Vorausgegangen war ein Jahr voller Versuche, die tiefen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen im Gartenbau mit dem Unternehmerverband Jardin Suisse zu verbessern. Die schon länger schwelende Unzufriedenheit der ArbeiterInnen mit den Verhältnissen im Gartenbau traf im Sommer 2012 auf eine vom Organizing inspirierte Gewerkschaft Unia. Gemeinsam wurde versucht, Jardin Suisse durch Verhandlungen von höheren Löhnen zu überzeugen. Noch im Dezember 2012 meinte ein Gartenbauer in einem Interview: «Streiken wollen wir eigentlich alle nicht, wir hoffen, dass es eine friedliche Lösung gibt.» Doch die Verhandlungen mit Jardin Suisse scheiterten schliesslich im Mai 2013, weil Jardin Suisse auf keinen Fall einen Präzedenzfall wollte. Vor allem Matthias Frei, Präsident von Jardin Suisse Schaffhausen und Chef des grössten Gartenbaubetriebs in Schaffhausen, stellte sich vehement gegen Verbesserungen und gegen sein Feindbild Unia. Wohl nicht von Ungefähr erinnert diese kompromisslose Haltung an das Verhalten von SPAR im Streik in Dättwil. Und genau wie in Dättwil führte sie dazu, dass die Arbeiter die letzten Zweifel beseitigten und streikten.

Doch die Ausgangslage war im Vergleich zu Dättwil eine ganz andere. Während es beim Detailhändler SPAR um David gegen Goliath ging, waren hier 80 von 200 Arbeitern in den Streik getreten. Da eine ganze Branche streikte, kamen die Arbeiter aus verschiedensten Betrieben: vom kleinen Dreimannbetrieb bis zur Firma Stamm, dem zweitgrössten Unternehmen Schaffhausens. Daher fuhren die Streikenden und die Unia eine zweigleisige Strategie: Als Maximalziel wurde ein allgemeinverbindlicher GAV für Schaffhausen kommuniziert, während die unter Druck geratenen Kleinbetriebe nach und nach zähneknirschend separate Abkommen über höhere Löhne mit ihren Arbeitern abschlossen. Eine veritable Salamitaktik. Und sie hatte Erfolg. Wer sich im Streiklokal aufhielt, konnte ein wiederkehrendes Ritual beobachten: Einer vor Glück strahlenden Gruppe Arbeiter wurde unter rhythmischen Klatschen zum Abschluss gratuliert. Natürlich birgt diese Taktik auch die Gefahr der Spaltung in sich und es war auch ein wenig ein Rennen gegen die Zeit. Doch am fünften Streiktag um 21 Uhr unterschrieb auch die Firma Stamm einen Vertrag über bessere Löhne. Damit war zwar kein GAV erreicht, doch alle streikenden Gartenbauer hatten einen höheren Lohn erreicht.

Neue Räume für die Selbstermächtigung

Binnen zweier Monate hat die Deutschschweiz in Dättwil und in Schaffhausen zwei heftige Streiks erlebt. Beide wiesen sie ähnliche Merkmale auf: ein längerer Prozess vergeblicher Anläufe über sozialpartnerschaftliche Mittel findet sein Ende im Streik. War in Dättwil eine Kerngruppe aufgrund des nötigen Zusammenhalts zur Bewältigung des Arbeitsalltags entstanden, so bildete sich bei den Gärtnern die nötige Klammer über die Betriebe hinweg durch das Zusammenstehen in der Bierkurve des FC Schaffhausens. Das in beiden Kämpfen starke Element der Autonomie auf Seiten der ArbeiterInnen traf auf eine Gewerkschaft, die vom Organizing geschult, genau

diese Prozesse der Selbstermächtigung fördern will. Natürlich reicht das Engagement der Gewerkschaft für die Selbstermächtigung nur bis zu einem bestimmten Punkt. Nämlich genau bis dorthin, wo die Forderungen der Streikenden das sozialpartnerschaftlich Erlaubte oder der Streik die Legalität überschreitet. Mit der Blockade des SPARs in Dättwil wurde das staatlich garantierte Eigentumsrecht in Frage gestellt und damit die Legalität überschritten. Die Unia kam mit diesen Mitteln an ihre Grenzen, da ihre Rolle als verlässlischer Sozialpartner auf dem Spiel stand. In Schaffhausen hingegen waren solche Schritte nicht notwendig um die Ziele zu erreichen. Die kleinen Gartenbaubetriebe konnten nicht so geschlossen wie SPAR auftreten und die Ausfälle durch den Streik nicht längerfristig kompensieren. Damit war der Streik der Gartenbauer in seinen Mitteln weniger radikal als Dättwil. Er hat jedoch den Vorteil, dass die Kerngruppe der Arbeiter zusammenbleibt und dass sie die Erfahrung gemacht hat, gemeinsam etwas zu erreichen.

Wie der Streik für die Unternehmer ein Präzedenzfall war, so ist er auch für die GartenbauerInnen in anderen Regionen ein Kampf mit Signalwirkung. Er stellt unter Beweis, dass sich bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in der Gartenbaubranche kollektiv erkämpfen lassen. Die Kriegsrhetorik und die kompromisslose Haltung der Unternehmer – «Rote Artillerie schiesst auf Gartenbau» – legt Zeugnis davon ab, dass Spielräume für Verbesserungen über den klassischen



Weg der Sozialpartnerschaft kaum mehr vorhanden sind. Dies öffnet Raum für Kämpfe und damit auch Raum für Selbstermächtigung. Ob die zwei Streiks nur ein Strohfeder waren oder sich eine Kampfzelle entwickelt, wird sich weisen. Sollte letzteres der Fall sein, stehen uns spannende Zeiten bevor.

Die Basis des Streiks der Schaffhauser GartenbauerInnen: das Restaurant «Zum alten Emmersberg».
Bild: zVg.

Drei Jahre nach dem geplanten Tod einer Fabrik

Ursin Della Morte. **Drei Jahre sind es her, seit die Maschinen der Karton Deisswil stillgelegt wurden. Die ArbeiterInnen hatten sich damals noch gewehrt, doch gegen das endgültige Aus einer traditionsreichen Industrie konnten sie nichts tun. Heute wird das Gelände nicht mehr industriell genutzt.**

In dunklem Rot steht gross «Bernapark», darunter «schafft Nähe». Daneben ist aufgeführt, was «Bernapark» anbietet: «Wir vermieten» und dann kommt eine lange Liste von möglichen Nutzungen der alten Fabrik – von Praxen bis zu Abstellflächen für Wohnwagen. Bernapark ist aber nicht nur die Firma, welche den leer stehenden Raum in der geschlossenen Fabrik der ehemaligen Karton Deisswil vermietet. Bernapark ist auch zuständig für den Verkauf und die Verwertung aller Maschinen, Fahrzeuge, Werkzeuge und Chemikalien, welche mit dem Gelände zusammen gekauft wurden. Alleine 25 Millionen Franken Profit machte die Firma mit der Liquidierung der betrieblichen Pensionskasse, welcher Dutzende Häuser in der näheren Umgebung gehört hatten. Bernapark ist eine der Firmen, hinter denen ein Credit-Suisse-Banker steht, welcher von den Gewerkschaften auch schon als «Mister KMU» und «Retter von Deisswil» genannt wurde: Hans-Ulrich Müller.

Müller tauchte vor drei Jahren in Deisswil auf, als der Arbeitskampf gegen die Schliessung der Kartonfabrik in vollem Gang war. In einem komischen Gemauschel hinter den Kulissen kaufte er das ganze Fabrikgelände mit allem, was drauf stand. Der letzte Betreiber der Fabrik, Mayr-Melnhof Karton, wollte die blockierte Fabrik und die aufsässige Belegschaft so schnell wie möglich los werden. Präsentiert wurde der Handel als win-win-win-win-Situation: Der österreichische Kartonkonzern musste sich nicht mehr mit der Blockade herumschlagen, die Unia konnte den Medien erzählen, dass sie eine Lösung für alle erkämpft hatte, Müller konnte sich als Retter der ArbeiterInnen präsentieren und Lorenz Hess, Präsident der Standortgemeinde Stettlen, konnte SteuerzahlerInnen anlocken.

Müllers Geschichte

Damit die Geschichte so geglaubt wurde, mussten Gewerkschaften und Müller gemeinsam erzählen, dass es in der Industriebranche «Arbeit für alle, die arbeiten wollen» gäbe. Und auf dieser Geschichte blieb Müller bestehen. Ein Jahr später präsentierte er sich in den Berner Tageszeitungen im besten Licht: Auf dem Gelände der Kartonfabrik seien rund 300 Arbeitsplätze angesiedelt worden. Also sogar mehr als die Fabrik zuletzt anzubieten hatte. Gleichzeitig erzählte er, dass alle ehemaligen KartonarbeiterInnen eine Stelle ge-

funden hätten. Dass viele entweder eine neue Stelle ausserhalb von Deisswil suchen mussten oder frühpensioniert wurden, verschwieg er. Dass die 300 Arbeitsplätze zum grössten Teil nicht geschaffen wurden, sondern bloss nach Deisswil verlegt wurden, verschwieg er genau so. Und vor allem verschwieg er, dass die «langfristigen Perspektiven für alle», die er so oft bemühte, so langfristig nicht sind. Denn Müller ist Mitinhaber von zwei Immobilienfirmen. Sein direktes und eigentliches Interesse an Deisswil ist nicht, den arbeitslos gemachten ArbeiterInnen zu helfen, sondern die Immobilienspekulation. Gegenüber SRF 1 machte Müller eine programmatische Aussage: In Deisswil werde es keine Industrie mehr geben, ausser die Zonenänderung komme in der Abstimmung nicht durch.

Deisswil 2025

Deisswil liegt an guter Lage im Worblental, einer noch teilweise ländlichen Agglomerationsregion von Bern. Das Areal ist gut erschlossen: Einerseits führt die Hauptstrasse Richtung Worb, Ostermundigen und Bern gleich am Gelände vorbei, andererseits liegt die Bahnstation Deisswil am östlichen Ende des Geländes. Trotzdem ist die Umgebung sehr grün. Auf drei Seiten des Geländes stehen insgesamt nur ein Dutzend Gebäude, ansonsten geht der Blick über Felder, Weiden und Wälder. Optimale Lage also, um stadtfüchtigen BesserverdienerInnen grosszügige und urbane Wohnungen anbieten zu können. Weil ein Teil der Fabrikgebäude denkmalgeschützt ist, plant Müller eine Mischnutzung: Vorne gegen die Bahnlinie sollen sich Geschäfte, Praxen und Dienstleister ansiedeln, der hintere Teil des Geländes soll zu einem achtzehnstöckigen Hochhaus umgestaltet werden. In dieser Vision hat es keinen Platz mehr für die Menschen, die Müller angeblich gerettet hat. Und eigentlich ist ihm das auch egal – Anfang Juli sagte Müller zum «Der Bund»: «Alle wissen, dass das, was hier entstehen wird, besser ist als das, was hier war.»

BUCHTIPP: NETZWERK ARBEITSKÄMPFE (2010).

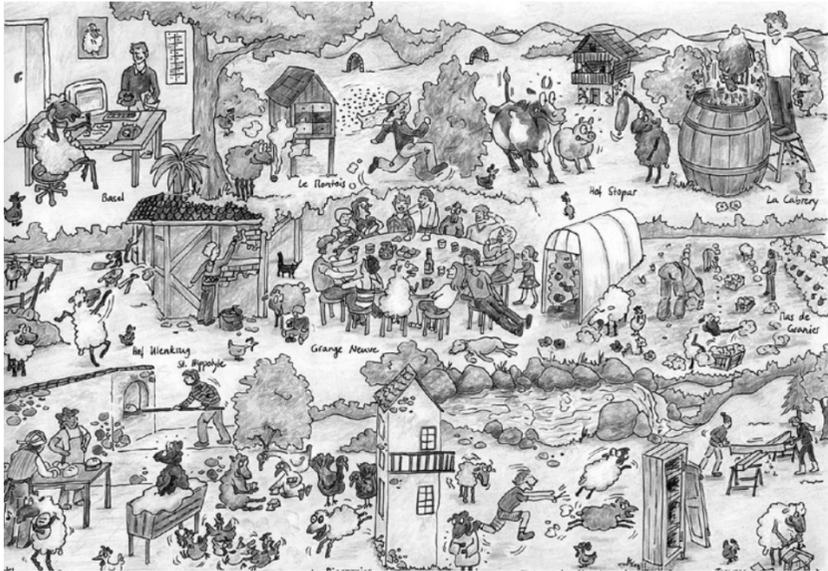
DER GEPLANTE TOD EINER FABRIK.

DER KAMPF GEGEN DIE SCHLISSUNG DER KARTON DEISSWIL.

BERN: A PROPOS VERLAG.

40 Jahre Longo mai: Es soll gefeiert werden!

Mischa Müller. **Eine real existierende Kommunentopie wird 40 Jahre alt. Zu diesem Anlass haben wir uns mit der langjährigen Aktivistin Kathi Hahn unterhalten und ein Abbild der Entwicklung und die zentrale Rolle des Netzwerkes linker Autonomiebestrebungen seit den 70er-Jahre aufgezeichnet.**



Eine Longo Mai-Collage.
Bild: zVg.

Wie bist Du zu «Longo mai» gekommen?

Ich bin im Frühling 1970 – also drei Jahre, bevor wir mit dem Aufbau der ersten Kooperative begonnen haben – in Wien auf «Spartakus» gestossen, eine der Gründergruppen von Longo mai. Ich komme aus einer kommunistischen Familie und bei diesem familiären Hintergrund war es nicht verwunderlich, dass ich die anderen getroffen habe. Nicht nur gemeinsam politisch aktiv zu sein, sondern auch zusammen zu leben, das fand ich total attraktiv und so bin ich mit 15 in die Kommune gezogen. Es folgten zwei bewegte Jahre, in denen wir Lehrlingsaktionen, eine grosse Kampagne gegen Erziehungsheime, Demos und internationale Sommerlager organisierten. Dort freundeten wir uns mit gleich gesinnten Gruppen an, darunter vor allem mit der Schweizer Lehrlingsgruppe «Hydra», mit der es von Anfang an einen regen Austausch gab. Neben unserer antifaschistischen Grundhaltung standen unsere Aktivitäten unter dem 68er-Motto: «Freie Entfaltung – Selbstverwaltung». Anfang 1972 wurden wir in einem Presseartikel verdächtigt, der verlängerte Arm von Baader-Meinhof in Österreich zu sein. Das Risiko, als Terroristen kriminalisiert zu werden, wollten wir nicht eingehen. Statt in den Untergrund gingen wir in

die Schweiz. Ein Jahr lang durchstreiften wir Europa in kleinen, mobilen Gruppen, die wir «Interbrigaden» nannten. Wir versuchten, das was noch an widerständiger Arbeiterbewegung vorhanden war, zu vernetzen. Oder wir organisierten Solidaritätskampagnen mit Betrieben, die von der Belegschaft besetzt wurden, um sich gegen die drohende Schliessung zu wehren. Da hatten wir oft das Gefühl, zu spät zu kommen. Die Umstrukturierung, die damals im Gang war, hatte zur Folge, dass ganze Berufsweige verschwanden und Regionen marginalisiert wurden. Das war die Ausgangslage, in der die Idee von «Longo mai» entstand.

In welcher Form ist «Longo mai» politisch aktiv?

Also darüber hinaus, dass mehrere Leute zusammen leben und kollektiv einen Biohof betreiben?

Das ist ja gerade typisch für «Longo mai»: Ein anderes, selbstbestimmtes Leben mit der politischen Aktion verbinden. Für uns waren die Kooperativen kein «Zurück-zur-Natur-Projekt». Wir wollten uns hier eine Überlebensgrundlage schaffen, um unabhängig zu sein und damit eine bessere Basis für unsere politischen Aktivitäten zu haben. Die Nachricht vom Putsch in Chile im September 1973 erreichte uns in Südfrankreich, wo wir gerade ein paar Monate zuvor mit dem Aufbau der ersten Kooperative begonnen hatten. Es war selbstverständlich, dass wir in der Schweiz gemeinsam mit einigen Freundinnen und Freunden die «Freiplatzaktion für Chileflüchtlinge» starteten. Niemand hat gefragt, ob wir das verkraften können, denn das Überleben von «Longo mai» war in dieser Anfangsphase überhaupt nicht gesichert. Die Palette der politischen Aktionen, die wir im Laufe dieser Jahre geführt haben, ist breit gefächert. Zu den Schwerpunkten zählten immer die Themen Flucht und Migration. In den 80er waren wir in mehreren europäischen Ländern aktiv, um freie, nichtkommerzielle Radios durchzusetzen. Nach dem Zerfall Jugoslawiens in den 90er Jahren führten wir eine Kampagne zur Unterstützung von Deserteuren, die sich weigerten, in die nationalistischen Kriege zu ziehen, und waren ein Jahrzehnt lang Partnerorganisation eines Informations-Netzwerkes unabhängiger JournalistInnen auf dem Balkan. In den letzten zehn Jahren geht es unter anderem auch vermehrt um landwirtschaftliche Fragen wie Ernährungs- und Saatgutsouveränität oder die Denunzierung der industriellen

Landwirtschaft und die Solidarität mit den MigrantInnen, die sich gegen die unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen in diesem agroindustriellen System zur Wehr setzen und sich organisieren.

Worin besteht der Reichtum, verschiedene Höfe, verteilt auf mehrere Länder, betreiben zu können?

Reisen, in verschiedenen Ländern zu Hause zu sein, weil man dort FreundInnen hat, wenn man will, den Ort wechseln, Bekanntschaft mit anderen Kulturen machen, Sprachen lernen ... Das alles gehört für mich zur Lebensqualität unseres Archipels der «Longo-mai»-Höfe.

40 Jahre «Longo mai». Du warst und Du bist dabei, eine kurze Rückblende:

Am Anfang war die Grenze zwischen «innen und aussen», «dazu gehören oder nicht», ziemlich dicht. Heute ist sie durchlässig. Es gibt «Ehemalige», mit denen wir enge Beziehungen haben und die uns regelmässig besuchen. Oder FreundInnen, die ein paar Monate im Jahr in einer Kooperative verbringen. Auch Neuankommlinge müssen nicht alle Brücken abbrechen und sich für ein «entweder-oder» entscheiden. Grundsätzlich finde ich diese Entwicklung sehr positiv. Sie birgt aber auch die Gefahr einer gewissen Unverbindlichkeit und ich frage mich, ob es «Longo mai» noch geben würde, wenn wir das in der Anfangszeit auch so gehandhabt hätten. Natürlich hat sich auch der politische Kontext in den letzten vierzig Jahren sehr verändert. Die Krisen des Systems verschärfen sich zunehmend, so dass wir heute von vielen Menschen gar nicht mehr als weltfremde Spinner angesehen werden.

Land und Musik: welche Formen nimmt diese Freundschaft an?

Gesungen haben wir schon in der Zeit vor «Longo mai», etwa antifaschistische Lieder von Erich Mühsam, Bert Brecht, Kurt Tucholsky ... und das haben wir auch in den Kooperativen weiter getan. Auf Feiern verstehen wir uns ebenfalls gut. So spielte dann die Kulturgruppe von Longo mai, «Comedia Mundi», auf den verschiedenen Hof- und Erntefesten von Melodien aus dem Balkan bis zu Tanzmusik aus aller Welt. «Comedia Mundi» ging in den 80er-Jahren mit Eigenproduktionen von Musiktheaterstücken auf Tournee. Eine andere Art von musikalischer Betätigung war und ist die Gestaltung von verschiedenen Musiksendungen, die von «Radio Zinzine» ausgestrahlt werden, dem Freien Radio, das in der ältesten «Longo-mai»-Niederlassung, in Südfrankreich seit 1981, rund um die Uhr sendet. In dieser Kooperative gibt es auch einen gemischten Chor, in dem neben den Leuten aus der Kommune auch FreundInnen und Bekannte aus der Region mitsingen. Aber auch in den anderen Kooperativen wird gesungen und musiziert.

Wie reagieren die Kooperativen auf die vielfältigen Interessen, Vorstellungen und Wünsche der nachkommenden Generationen?

Obwohl die Kooperativen sehr unterschiedlich sind, was ihre Grösse, die Aktivitäten und die Anzahl der Leute betrifft, haben doch alle gemeinsam, dass die Mitglieder der Gründergeneration, die an allen Orten anzutreffen sind, ins Rentenalter kommen. Deshalb stellen sich überall ähnliche Fragen: Wie lebt es sich zu mehreren Generationen am gleichen Fleck? Wie können Wissen, Kenntnisse und Erfahrungen weitergegeben, wie kann Verantwortung gemeinsam getragen werden? Und – ganz wichtig – wie macht man Platz und lässt die Jungen auch selbst und nach den eigenen Vorstellungen machen? Das sind mehr Fragen als Antworten, denn wir stecken mitten in diesem Ablöseprozess, der manchmal auch mühsam ist.

Was unter anderem wünschst Du «Longo-mai»?

Dass wir in Bewegung und deshalb eine Bewegung bleiben, die sich auch in Zukunft politisch und gesellschaftlich einmischt. Und dass wir es schaffen, sowohl die Erfahrungen aus der Vergangenheit weiterzugeben als auch offen für neue Leute, Ideen und Projekte zu bleiben.

Die Utopie der Widerspenstigen

Mischa Müller. **Die Kooperativen von «Longo mai» bilden heute ein über ganz Europa ausgelegtes Netz von einem Dutzend selbstverwalteter landwirtschaftlicher und handwerklicher Interessensgemeinschaften mit bis zu zweihundert Erwachsenen und Kindern.**

Diese Kooperativen, 1972 aus den europäischen Jugend- und Lehrlingsorganisationen «Spartakus» und «Hydra» entstandene Vision, war theoretisch fundiert und wurde im folgenden Jahr als Vereinigung von Land ohne Menschen und Menschen ohne Land in der Praxis verwirklicht. Am Anfang war das durch die jungen PionierInnen erworbene Land, und das musste beackert und bebaut werden. Unter der sengenden Sonne begann man einen Hof zu bewirtschaften, Vieh zu züchten, handwerklich zu arbeiten; allmählich musste man Buchhaltung führen und sich mit der staatlichen Bürokratie herumschlagen. Zum Anlass und Gelingen dieser Gegebenheiten und den folgenden erfolgreichen vierzig Jahren des gemeinsamen Wirkens wurde die vielseitige Ausstellung «Utopie der Widerspenstigen» konzipiert, welche ab Oktober in Basel und anschliessend in den Städten Genf, Zürich, Lausanne, Bern, Aix-en-Provence, Wien und Berlin präsent sein wird. Hauptsächlich Inhalt der Ausstellung ist die Darstellung der heutigen AktivistInnen von «Longo mai», ihr Bezug zur Landwirtschaft, der Biodiversität, der sozialen Ökonomie und der Selbstverwaltung. Und weil das Jahr 2013 ein Jubiläumsjahr ist, wird auch auf den verschiedenen Höfen gefeiert. Unter anderem am 7. September auf dem Ulenkrug in Mecklenburg-Vorpommern, mit Hofführung, der Bremer Musikgruppe Mad Monks sowie Diskussionen zu verschiedenen sozialpolitischen und ökologischen Themen.

Es möge lange dauern

Der Ausdruck «Longo mai» bedeutet auf altprovenzalisches den Gruss «Es möge lange dauern». Es ist dies auch eine grosse Herausforderung an jene, welche an den Stätten dieser Utopie teilhaben. Mitzumachen, einen Teil davon zu sein, viel zu lernen und die Geduld zu haben, dabei zu bleiben und somit die Vision und die Realität auf den Bauernhöfen und den Werkstätten zu entwickeln und zu leben, sind notwendig, um dem Namen dieser Bewegung gerecht zu werden. Friedliche Zeiten sind eine Voraussetzung für das Bestehen dieser Kooperativen. Das Reisen, sich Beschenken, die administrative Netzwerkarbeit prägen den Alltag der langjährigen Mitglieder. Dass eine herrschaftsfreie Gesellschaft wie «Longo mai» über die Jahre nicht ohne hierarchische Strukturen auskam, ist Ausdruck von archaischen und gefühlsbetonten Zügen und Verhaltensformen der Kooperativen, sei es in den Kommunen «Sonador» in Costa Rica oder in «Zeleny hay» in der Ukraine. Gerade diese Eigenschaften erlauben wiederum das Wachstum und die Fusion von Land und Mensch mit einem politischen Gesicht.

MEHR INFOS ZU «LONGO MAI» UND DEM JUBILÄUMSPROGRAMM SIEHE:
WWW.PROLONGOMAI.CH

Das Trauerspiel einer sterbenden Regierung

Ralf Streck. **In Portugal klammert sich der konservative Ministerpräsident Pedro Passos Coelho an die Macht. Doch seine Tage scheinen gezählt zu sein. Die Mehrheit der Bevölkerung sowie die parlamentarische Opposition fordern Neuwahlen. Die Gewerkschaften haben mit einem Generalstreik das Land praktisch lahmgelegt, nachdem erneute Rentenkürzungen und Massenentlassungen angekündigt wurden.**

Eigentlich hatte Ende Juni der konservative portugiesische Ministerpräsident Pedro Passos Coelho die Regierungskrise für beendet erklärt. Doch sie wird nun über den Sommer weiterschweben und kann jeden Augenblick endgültig zum Sturz der Regierung führen. Denn der Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva hat die von Coelho vorgestellte Lösung nicht akzeptiert, mit der über drei Jahre lang 78 Milliarden Euro aus dem Euro debattiert wird. Silva fordert eine Regierung der nationalen Einheit unter Einbindung der oppositionellen Sozialisten (PS) und Neuwahlen für das kommende Jahr. Damit will er für Stabilität sorgen, um das «Anpassungsprogramm erfolgreich im Juni 2014 abzuschliessen». Dann soll Portugal, nachdem es über drei Jahre lang 78 Milliarden Euro aus dem Rettungsschirm EFSF und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten hat, wieder an die Finanzmärkte zurückkehren. Dass das funktioniert, glaubt im Land praktisch niemand mehr. Der IWF fordert einen schnellen Schuldenschnitt für Portugal, damit das Land anders als Griechenland real entlastet wird und eine Chance bekommt, wieder auf die Beine zu kommen. Doch von einem Schuldenschnitt wollen Angela Merkel in Berlin und die EU in Brüssel nichts wissen.

Der Sturz der Regierung als Ziel

Die SozialistInnen haben angesichts des Vorschlags von Silva zwar ihre Bereitschaft angekündigt, «einen Dialog aufzunehmen». Doch die Parteiführung hat kürzlich klargestellt, dass zuerst die WählerInnen über die Mehrheitsverhältnisse im Parlament und damit auch über den Regierungschef entscheiden müssten. Im Parlament sagte Oppositionsführer Antonio Seguro unmissverständlich: «Die Tage der Regierung sind gezählt.» So wie die PS fordert auch eine grosse Mehrheit der Bevölkerung Neuwahlen. Liesse sich nun die PS aber in eine Regierung der nationalen Einheit einbinden, würden ihre Aussichten auf einen Wahlerfolg stark schwinden. Sie müssten als Teil der Regierung erneut harte Einschnitte mittragen und würden so die WählerInnen daran erinnern, dass auch sie einst dem Troika-Programm, anders als die kommunistische Partei und der Linksblock, zugestimmt haben.

Die versprochenen positiven Effekte, mit der man die Menschen in Portugal lang vertröstet hat, wollen sich einfach nicht einstellen. Die Arbeitslosigkeit ist längst auf den Rekordwert von 18 Prozent geklettert und 42 Prozent der jungen Leute sind ohne Job und Perspektive. Sie werden immer stärker zum Auswandern gezwungen.

Gegen die Troika-Auflagen und mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen, sind Ende Juni die Gewerkschaften zum stärksten Generalstreik der neueren portugiesischen Geschichte angetreten und haben das Land weitgehend lahmgelegt. Die beiden grossen Gewerkschaftsverbände haben erstmals wieder vereint gestreikt. Auch der kleineren UGT, die lange wie die PS den Sparkurs mitgetragen hat, ist der Kragen geplatzt. Wegen den erneuten Rentenkürzungen, die Streichung von 30 000 Stellen im öffentlichen Dienst und die Erhöhung der Arbeitszeit hatte sich sogar die «Bewegung christlicher Arbeitnehmer» dem Streikaufruf angeschlossen.

Der Versuch der Quadratur des Kreises

Der massive Widerstand zwang anfangs Juli den Finanzminister Vítor Gaspar zum Rücktritt. Damit wurde offensichtlich, dass die Regierungskoalition am Ende ist. Als Coelho die Staatssekretärin Maria Luísa Albuquerque zu Gaspars Nachfolgerin ernannte, verabschiedete sich Aussenminister Paulo Portas «unwiderruflich». Damit waren die Widersprüche in der Regierungskoalition voll aufgebrochen, die seit langem schwelen. Portas hat seinen Rücktritt damit

erklärt, dass er sich vom Abgang des Finanzministers einen «neuen politischen und ökonomischen Zyklus» und damit eine Lockerung der Sparpolitik erhofft hatte. Denn Portas «Demokratisch Soziales Zentrum – Volkspartei» (CDS-PP) trug die Sparmassnahmen nur noch zähneknirschend mit. Mit der Ernennung von Albuquerque platzte der CDS-PP der Kragen. Die neue Finanzministerin soll gegenüber den Finanzmärkten und der Troika «Kontinuität» signalisieren, hatte Ministerpräsident Coelho erklärt. Will heissen: Die Sparauflagen der Troika sollten ohne Abstriche weiter umgesetzt werden. Auf diesem Weg müssen sogar Verfassungsgerichtsurteile gebrochen werden: Obwohl die höchsten Richter im Frühjahr die Auszahlung des Urlaubsgelds im öffentlichen Dienst und für RentnerInnen anordneten, geschah dies im Juni nicht.

Der Ministerpräsident hat sich zudem in neue Widersprüche verwickelt. Auf Druck von Portas sprach auch er plötzlich vom «Zykluswechsel», um «Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen mehr Bedeutung zu geben». Doch in Richtung Brüssel und Berlin erklärte er gleichzeitig, man werde an den Sanierungszielen festhalten. Das ist der Versuch der Quadratur des Kreises: Zur Schaffung von Arbeitsplätzen braucht man Geld und das kann derzeit nur von aussen kommen.

Tief gesunken

Klar ist, dass niemand in Portugal mehr ernsthaft glaubt, dass Neuwahlen zu verhindern sind. José Manuel Fernandes, Kolumnist der grossen Tageszeitung



«Público», sprach davon, dass es noch schlimmer werden kann. Er meinte: «Heute ist das Schlimmste quasi unvermeidbar.» Deutlicher wurde Arlindo de Jesus Costa im konservativen «Diário de Notícias». In der Zeitung, die der Regierung nahe steht, spricht er von einer «monumentalen Farce». Man werde Zuschauer eines «entwürdigenden Schauspiels einer sterbenden Regierung». Damit wird klar, wie tief Coelho in Gunst der eigenen WählerInnen schon gesunken ist.

Portugiesische Gewerkschaften haben zum Generalstreik aufgerufen. Bild: zVg.

Berufsverbote in Deutschland

Deutsche Kommunistische Partei. **Seit 40 Jahren dauern die Proteste und der Widerstand gegen die Berufsverbote in Deutschland an. Betroffen von der Diskriminierung sind über 3,5 Millionen Personen. Eine grosse Hilfe war und ist die Solidarität von kommunistischen Parteien.**

Am 28. Januar 1972 wurden in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) von den Ministerpräsidenten der damaligen Bundesländer und Bundeskanzler Willy Brandt «Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst» beschlossen, die bis heute unheilvoll nachwirken. Das deutsche Wort «Berufsverbote» hat seitdem in alle Sprachen Europas Einzug gefunden, unter anderem als «les Berufsverbote» und «the Berufsverbot».

Mithilfe der «Regelanfrage» wurden 3,5 Millionen BewerberInnen vom Inlandsgeheimdienst «Verfassungsschutz» durchleuchtet. Lückenlos wurden alle Lebensbereiche bespitzelt, der Arbeitsplatz genauso wie die politischen und die ganz persönlichen Beziehungen. Es folgten 11 000 offizielle Berufsverbotsverfahren, 2200 Disziplinarverfahren, 1250 Ablehnungen und 265 Entlassungen.

Diskriminierung dauert an

Die Berufsverbote richteten sich gegen LehrerInnen, PostbotInnen, LokomotivführerInnen, JuristInnen, gegen BeamtenInnen, Angestellte und ArbeiterInnen auf der Ebene des Bundes, der Länder und in den Kommunen. Berufsverbote wurden auch in der Wirtschaft ausgesprochen.

Betroffen waren KommunistInnen, SozialistInnen, Mitglieder linker Gruppen, AntifaschistInnen, linke SozialdemokratInnen und FriedensfreundInnen, aber auch Unorganisierte, die sich kritisch zu den herrschenden Verhältnissen in der Bundesrepublik geäussert hatten. Die Berufsverbote wurden in aller Regel bis heute juristisch nicht aufgehoben. Bis zum heutigen Tage dauert auch die Diskriminierung durch finanzielle Abstrafung an: Zahlreiche Betroffene sind durch lebenslange massive Pensions- und Rentenkürzungen erheblich in ihrer Lebensführung eingeschränkt. Weder von Seiten der Bundesregierung noch von den Landesregierungen sind bislang Entschuldigungen für den Verfassungsbruch der Behörden erfolgt.

In dieser langen Zeit war die internationale Solidarität für die Betroffenen eine grosse Hilfe. Mit Ausnahme der Diktaturen in Griechenland, Spanien oder Portugal waren die Berufsverbote in allen anderen Ländern in dieser Form nicht vorstellbar. Die Stellungnahmen aus dem Ausland gaben den Berufsverbote-Opfern

die Kraft, den politischen Angriffen und der mit dem Berufsverbot verbundenen sozialen Deklassierung zu begegnen. Von vielen kommunistischen Parteien aus aller Welt gab es Zeichen der Solidarität, die besonders für die Betroffenen aus den Reihen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) eine grosse Hilfe waren, denn es ging nicht nur um den Zuspruch für die GenossInnen, sondern auch um ein deutliches Zeichen gegen ein drohendes DKP-Verbot.

«Verfassungsschutz» abschaffen

Eine neue, umfassendere Bedeutung haben die Berufsverbote gegen KommunistInnen nach der Übernahme der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durch die BRD bekommen. Unzählige Beschäftigte aus der DDR, denen eine Nähe zu ihrem Staat vorgehalten wurde, bekamen von den neuen Machthabern die Kündigung. Betroffen war auch hier vielfach der Bildungsbereich vom Rektor der Humboldt-Universität bis zur Leiterin einer Polytechnischen Oberschule.

In Deutschland hat sich die Bewegung gegen die Berufsverbote auch durch die Aktivitäten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wiederbelebt. Sie richtet sich gegen die anhaltende umfassende Bespitzelung durch den Inlandsgeheimdienst «Verfassungsschutz», der immer noch weitgehend die Einsicht in seine Aufzeichnungen ablehnt. Es wird sogar wahrheitswidrig behauptet, dass es keine «Akten» gäbe. Die Betroffenen konnten jedoch feststellen, dass sie immer noch unter Beobachtung stehen, dass die Wahrnehmung ihrer politischen Bürgerrechte observiert wird. Die Forderung lautet daher, dass der «Verfassungsschutz» abgeschafft werden muss. Diese Forderung hat eine zusätzliche Bedeutung bekommen, da bekannt wurde, dass dieser «Verfassungsschutz» mit Neonazis kooperiert, sie zum Teil sogar bezahlt hat.

Die DKP begrüsst die Bereitschaft der verschiedenen kommunistischen Parteien, an die frühe Solidarität gegen die Berufsverbote in den 70er und 80er Jahren anzuknüpfen und den in den Berufsverbotten zum Ausdruck kommenden Antikommunismus der herrschenden Klasse zu bekämpfen.

WEITERE INFORMATIONEN:
WWW.BERUFSVERBOTE.DE

Hangover in Çapulcu City

Savo Vasic. **Nach sechs Wochen ist die Bewegung in der Türkei an einem Punkt angelangt, wo die Begrenzungen und das langsame Abflauen der Kämpfe offensichtlich werden. Ein Bericht aus Istanbul.**



Massive Repressionen gegen die Taksim-Besetzung. Bild: zVg.

Spätestens seit den Aufständen im arabischen Raum und den Occupy-Protesten in Europa, Israel und den USA wird klar, welche Auswirkungen die diffuse, verallgemeinerte Proletariat auf sich entwickelnde Kämpfe hat. Die Fabrik als Verbindungsort der Proletarisierten in den Metropolen scheint gegenwärtig durch Plätze in den urbanen Zentren abgelöst zu werden. Die zentralen Plätze als Orte der Diskussion und der Selbstorganisation ermöglichen einen niederschweligen Zugang für verschiedene, wenn auch nicht alle Segmente der Klasse. Das Gesicht der Bewegung, die sich an diesen Orten gefunden hat, ist allerdings diffus. Beim Schlendern durch den Gezi-Park erschien die Bewegung auf den ersten Blick als buntes Sammelsurium diverser linker Splitter- und Kleinstparteien, anarchistischer Gruppen verschiedenster Tendenzen, antiautoritärer Çarsi-Ultras, LGBT-AktivistInnen, KemalistenInnen, KurdInnen und AlevitInnen. Bei genauerem Hinschauen fällt jedoch vor allem während den Massenkundgebungen, den stundenlangen Riots im Stadtzentrum und auch in relativ isolierten, ehemals informellen Siedlungen auf, dass die organisierte Präsenz im Park nicht die eigentliche Zusammensetzung der Bewegung beschreibt. Die organisierten Kräfte, von den Marxisten-Leninisten bis zu den Kemalisten, sind auf der Strasse kaum sichtbar präsent. Die Protestierenden bewegen sich mehrheitlich in Affinitätsgruppen und organisieren sich nicht entlang der bekannten Parteistrukturen.

Verbreiterung wurde verpasst

Seit der Entstehung des Phänomens der Platzbesetzungen ist klar, dass die eroberten Orte instabil sind. Selten sind sie Orte des Alltags der Proletarisierten und nie können sie quasi militärisch verteidigt werden. Die Möglichkeit des Ortes hängt von der massenhaften Partizipation und dem strategischen Gewährlassen ab. So bringen Platzbesetzungen erst einmal die Leute zusammen und ermöglichen Klärungsprozesse, bevor die Räumung früher oder später erfolgt. In den letzten Jahren hat sich gezeigt,



Ein Demonstrant schützt sich gegen das Tränengas. Bild: zVg.

dass sich die Bewegungen dann in die verschiedenen Wohnviertel der Protestierenden verlagern und dort Stadtteilversammlungen entstehen, deren Charakteristika in der Regel die Selbstorganisation und Spontaneität sind. Seit dem kaum befolgten und wirkungslosen Generalstreik am 17. Juni treffen sich, zu Beginn von den Çarsi-Ultras initiiert, in verschiedenen Stadtvierteln Istanbuls jeweils Abends einige hundert bis tausend vorwiegend junge Leute an schätzungsweise bis zu vierzig lokalen Versammlungen. Anfänglich wurde vor allem über technische Fragen diskutiert, wobei man sich nicht so stark in Reglementierungen verloren hat, wie beispielsweise die Occupy-Bewegung in Spanien. Doch von einer wirklich neuen Qualität der Kollektivität zu sprechen, entbehrt einer Grundlage. Zwar kommen die Widersprüche bezüglich politischer Praktiken zur Sprache, es partizipieren Proletarisierte unterschiedlicher ethnischer Gruppen, Frauen nehmen in grosser Zahl teil und mischen sich aktiv ein und Parteien als auch andere politische Organisationen stellen weder die Infrastruktur, noch dominieren sie inhaltlich die Versammlungen. Doch aus sozialrevolutionärer Perspektive müssen wir konstatieren, dass das Moment zur Verbreiterung im Zuge der massenhaften Mobilisierungen verpasst wurde.

Einerseits ist eine Fetischisierung der Form zu beobachten, andererseits wird über lokalpolitische Fragen, Solidarität mit den Inhaftierten, die Bedeutung, oder konkreter die Gründung oppositioneller Parteien diskutiert und spontane wie marginale Mobilisierungen werden losgetreten. Letztere treffen seit Wochen auf die offen repressiv, jedoch im Rahmen demokratischer Herrschaft agierende Staatsgewalt und findet keine wirksamen Rezepte dagegen. Die verbleibenden Organe der Bewegung scheinen teilweise noch intakt, aber sie sind zu schwach und in sich fraktioniert, als dass sie die Begrenzungen und grossen Hindernisse von sich aus aufheben könnten. Die Bewegung erlahmt schlussendlich nicht, weil die Polizei den Knüppel schwingt, sondern weil sie selbst ratlos, unentschlossen und fragmentiert ist.

Fehlende Konsolidierung zur Klassenbewegung

Die Zusammensetzung der Bewegung ist, ähnlich wie bei den Aufständen im arabischen Raum, relativ heterogen. Im Unterschied zu diesen machen die Frauen einen noch grösseren und selbstbewussteren Teil der Protestierenden aus und liessen sich temporär auch nicht in eine reproduktive Rolle zurückdrängen. Die Einschätzung sogenannter Experten, wonach vorwiegend die «urbane, moderne und mittelständische Jugend» gegen einen autoritären Herrscher und seine wertkonservativ-wirtschaftsliberale Ordnungs- und Stadtentwicklungspolitik auf die Strasse gingen, erweist sich bei näherer Betrachtung als falsch oder zumindest unscharf. Auf den Strassen trifft man ArbeiterInnen, Studierende und SchülerInnen gleichermaßen wie Arbeitslose und Pensionierte. Trotzdem ist es eine klare Schwäche der Bewegung, dass es in der Phase der grössten Mobilisierungen nicht gelang, die Kämpfe zu verallgemeinern. Die Mobilisierungen der Gewerkschaften, die in der Türkei eine marginale Rolle spielen, führten nicht zu einer Konsolidierung zur Klassenbewegung, sondern blieben kaum befolgte Aufrufe und es gibt derzeit keinerlei Anzeichen dafür, dass zwischen den Arbeitsplätzen und den Orten der Bewegung eine unvermittelte Verbindungslinie im Entstehen begriffen ist.

Die Gründe zur Rebellion sind vielfältig, was sich auch in den Protesten niederschlägt. LGBT-AktivistInnen treten ebenso offensiv für ihre Anliegen ein, wie kurdische Jugendliche, Feministinnen oder Studierende, aber die unterschiedlichen Anliegen wurden während meiner Zeit vor Ort nicht kollektiv diskutiert. Es gab zwar Versuche, regelmässige Vollversammlungen abzuhalten, diese hatten jedoch kaum kollektiven Charakter. Ich konnte keine Klärungsprozesse in grösserem Rahmen oder Entscheidungsfindungen beobachten. So verwundert es auch nicht, dass der einzige gemeinsame Nenner die Forderung nach Erdogans Rücktritt blieb. Neben dieser politischen Komponente fehlten kollektiv formulier-

te Klassenforderungen und es gelang schlussendlich nicht, die Auseinandersetzungen auf ein Klassenterrain zu heben.

Grenzen des Wachstums

Die gängige, von Wirtschaftsexperten vertretene Einschätzung der türkischen Ökonomie ist seit Jahren eine höchst optimistische. Mittlerweile wirkt diese allerdings mehr als bemüht, denn das Wirtschaftswachstum ist in den letzten 3 Jahren deutlich eingebrochen. Lag die Wachstumsrate 2010 noch bei sehr hohen 9,2 Prozent, sackte sie zwischenzeitlich auf bis zu 1,4 Prozent zusammen und pendelte sich im ersten Quartal dieses Jahres wieder bei rund 3 Prozent ein. Das ausserordentlich starke Wachstum zwischen 2002 und 2011, unter anderem eine Folge der wirtschaftsliberalen Politik der AKP, wurde hauptsächlich durch die Binnennachfrage gespiesen. Diese scheint jedoch in den letzten Jahren aufgrund der zunehmenden privaten Verschuldung an eine systemische Grenze gestossen zu sein. Dazu kommt, dass auch die Exporte abflauen. Die EU als wichtigster Handelspartner steckt weiterhin in einer tiefen Krise und kommt kaum noch als verlässlicher Partner in Frage. Auf internationaler Ebene konnte sich die türkische Wirtschaft bis anhin kaum durchsetzen, was zu einem andauernden, beträchtlichen Aussenhandelsdefizit führt. In ihrer Rolle als Krisenbewältiger wirken Staat und Kapital derweil hilflos konfrontiert mit einem maroden Bildungssystem, einem korrupten Staats- und Wirtschaftsapparat und einem wachsenden Teil der Bevölkerung, der weder vom Wirtschaftswachstum im letzten Jahrzehnt profitiert hat, noch genügend Einkommen erwirtschaften kann, um die Lebenshaltungskosten zu decken.

Vereinzelte gehen ÖkonomInnen davon aus, dass die ohnehin hohe private Verschuldung – die privaten Haushalte stehen mit über 50 Prozent ihres Einkommens in der Kreide – weiter steigen wird. Die tatsächlich gestiegenen Einkommen werden durch die Inflation aufgeessen und die verhältnismässig schnell ansteigenden Preise sorgen für Gewinneinbrüche in verschiedenen Sektoren und schrecken ausländische Investoren ab. Ein nicht unerheblicher Teil der türkischen Bevölkerung kann sich nur dank einer kaum kontrollierten Kreditwirtschaft über Wasser halten. All dies bedeutet jedoch nicht einen Kriseneinbruch wie in der Südperipherie Europas. Im Gegenteil: Die Staatsverschuldung bleibt relativ stabil unter dem europäischen Schnitt und das Wirtschaftswachstum bewegt sich trotz Einbruch noch in statistischen Höhen, von denen die EU nur träumen kann. Wesentlich ist jedoch: Immer mehr TürkInnen kriegen ihren Haushalt nur noch durch ein riskantes Kreditsystem gebacken, bekommen vom Wirtschaftswachstum kaum was ab und verdienen inflationsbedingt faktisch immer weniger. Das vielgelobte «türkische Modell» stösst gerade sowohl auf politischer, als auch auf ökonomischer Ebene an seine Grenzen.

Neue Horizonte einer Generation

Trotz zahlreicher Begrenzungen und dem ausgebliebenen qualitativen Sprung zur verallgemeinerten Klassenbewegung verändern sich derzeit die Horizonte einer Generation, der es teilweise schon zu dämmern scheint, dass die Krise nicht ausbleiben, sondern verzögert ihre ohnehin dürftigen Lebensgrundlagen zunichte machen wird. Diese Generation macht aktuell die Erfahrung, dass sie von der Regierung und ihrer Repräsentanz nichts mehr zu erwarten haben und sie hat zum ersten Mal die kollektive Erfahrung gemacht, dass die ethnische, religiöse und soziale Fragmentierung als Status quo zumindest temporär aufgehoben werden kann. Gegenwärtig scheint sich Erdogan mit immer noch grossem Rückhalt – auch bei den Proletarisierten – gegen das Aufbegehren verschiedener Teile der Bevölkerung durchsetzen zu können. Es wird sich zeigen, ob die Kämpfe in Zukunft weiter und schneller als zuvor eskalieren und ob unter dem Druck der Krise und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen im Zuge globaler Kämpfe aus einer vormals konturlosen Bewegung doch noch eine Bewegung der Proletarisierten entwachsen wird.

Die Revolution der Korrektur

mic. **Das postrevolutionäre Ägypten ist um eine Episode reicher. Was mit fünf jungen AktivistInnen und der Kampagne «Rebellion» vor drei Monaten begann, endete mit dem Sturz von Präsident Mursi. Für Ägypten die zweite Welle der Revolution, für den Rest Welt ein aalglatter Militärcoup.**

Alleine am 30. Juni gingen in Ägypten 17 Millionen Menschen gegen die Diktatur des politischen Islams auf die Strasse. Ob's jetzt gleich die grösste politische Manifestation in der Geschichte der Menschheit war, wie die BBC berichtete, ist zweitrangig. Beeindruckend ist diese Mobilisierung alleweil. Insbesondere wenn man sich vor Augen hält, dass es weder grosse Gewerkschaften noch organisierte Parteistrukturen waren, die diesen Kraftakt an den Tag legten. Und schon im Vorfeld war klar, dass es der letzte Millionenaufmarsch dieser Art sein würde. «Heute oder nie» war die Parole, denn zu oft wurden in den letzten Monaten Massenmobilisierungen von den Mächtigen einfach ignoriert.

Einige verloren die Hoffnung, andere Teile der revolutionären Strasse begannen sich immer mehr zu radikalisieren und selbst über den bewaffneten Kampf wurde immer lauter nachgedacht. Es sind nicht wenige in Ägypten, die der Meinung sind, dass der Geduldssaden des ägyptischen Volkes endgültig gerissen und ein Bürgerkrieg begonnen hätte, wäre Mursi weiter im Amt geblieben. Tatsächlich hat das forsche Vorgehen der Militärs die Lage in Ägypten vorerst entschärft, auch wenn die sogenannten westlichen Nahost-ExpertInnen mit ihrem islamophob-rassistischen Tunnelblick da eine andere Wahrnehmung haben. Vielleicht merken sie irgendwann selbst, dass grundsätzlich immer das Gegenteil von dem eintritt, was sie so vorhersagen. Aus dem Arabischen Frühling ist allen Unkenrufen zum Trotz jedenfalls kein islamistischer Winter geworden.

Vom Kater nach dem Feiern

Und wie meistens im postrevolutionären Ägypten folgt auf das extatische Jubeln der Kater. Spätestens nach dem Publizieren des neuen Verfassungsentwurfs, der zahlreiche Zugeständnisse an die SalafistInnen beinhaltet, sprechen die ersten Oppositionellen schon von einem neuen Komplott zwischen dem alten Regime, den USA, Saudi-Arabien und der salafistischen Bewegung, welcher die «alte Verschwörung» zwischen Muslimbrüder, Katar und Israel einfach ablöst. Zwar sind solche ungunstigen Gefühle nachvollziehbar – und auch nicht einfach so von der Hand zu weisen – aber vielleicht liegt gerade in diesem diffusen Antiimperialismus, Antiamerikanismus und Antisemitismus die eigentliche Schwäche der Bewegung, weil damit immer auch ein Gefühl der Ohnmacht verbunden ist. Und anders als bei der ersten Revolution wird dieses Mal empört registriert, wie unausgewogenen und selektiv die westlichen Medien berichten. Selbst die «Nationale Rettungsfront» wertet dies als ungutes Zeichen, und nicht wenige sehen darin den Vorboten einer internationalen Militärintervention um Mursi wieder ins Amt zu hieven.

Und es sollte der «Faktor Mensch» nicht ganz vergessen gehen. Gerade weil der Umbruch in der arabischen Welt viel mit Bewusstsein, neuem Denken, der Emanzipation von Unterdrückung und der Selbstbefreiung von der Angst zu tun hat. Nach zweieinhalb Jahren Strassenkampf Auge-in-Auge hat sich auch das Verhältnis zwischen den jungen RevolutionärInnen und dem Sicherheitsapparat verschoben. Es werden nicht wenige Polizisten, Soldaten und Offiziere sein, die derweil offen mit der Revolution sympathisieren und die keine Lust mehr haben, sich für eine Handvoll ägyptischer Pfund gegen die eigenen Leute zu stellen.

Wenn man sich vor Auge hält, dass Ägypten eine Volksarmee hat und dass viele, die am 25. Januar 2011 dabei waren, das Adidas-Shirt durch eine kratzige Uniform getauscht haben, dann kann man davon ausgehen, dass die ägyptische Armee kein in sich geschlossener homogener Block mehr ist. Bis heute ist die Rolle der ägyptischen Militärs während der Revolution nicht wirklich geklärt. Vieles deutet im Nachhinein darauf hin, dass schon damals durch Befehlsverweigerung und spontane Solidarisierung ganzer Einheiten mit dem ägyptischen Volk kurzerhand Fakten geschaffen wurden, die die Generäle völlig überrumpelt und vor vollendete Tatsachen gestellt haben.

Die Blutspur der Generäle

Mit Volkes Segen und einer Legitimation ausgestattet, die das Mubarak-Regime so wohl nie hatte, war das blutige Massaker vor dem Hauptquartier der Republikanischen Garden an den Muslimbrüdern ein Szenario, welches zu befürchten war. Zwar bemühten sich die politischen Kräfte aller Schattierungen, das Vorgehen der Militärs auf Schärfste zu verurteilen, forderten unisono Aufklärung und Verfolgung der Täter, erinnerten die Muslimbrüder aber ebenso an ihr eigenes Schweigen: damals, als die Proteste der christlichen Kopten gegen religiöse Hetze im Staatsfernsehen von Panzern zerstampft wurden; damals, als die Militärpolizei vor den ersten freien Wahlen – der Westen bezeichnet dies so gerne als «Demokratiebewegung» – auf dem Tahrir massakriert hat und Tote und Sterbende am Rande des Platzes einfach wie Abfall entsorgt wurden; damals, als im Nildelta die Proteste der Landlosen zusammengeschossen wurden; damals, als die Bruderschaft von der Macht beschwipst schwieg.

Viele haben ihnen das bis heute nicht vergeben. Gut möglich, dass Ägypten gerade nicht nur die Entmystifizierung des politischen Islam erlebt, sondern auch den Beginn vom Ende der Generäle. Zwar mögen sie sich derzeit wieder sicher in ihrem Sattel wähnen, doch der Schein trügt. Die Vendetta, die Rache für die vielen Toten, sie geht weiter. Die Ultras etwa – ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor – haben schon Tage vor dem 30. Juni angekündigt, nicht zu mobilisieren, sich aus den aktuellen politischen Geschehnissen rauszuhalten und sich weder von der einen noch anderen Seite vereinnahmen zu lassen, da für sie der Kampf gegen den Obersten Militärrat sowie gegen die Schergen des alten Regimes ungebrochen weitergeht. Diejenigen, die mit den Generälen noch eine offene Rechnung haben, sind diese Tage jedenfalls nicht weniger geworden.

Eine «dreckige» Allianz

Zwei Jahre nach dem Beginn des Arabischen Frühling bestätigt sich vor allem eins: Der Westen hat von Anbeginn einen medialen Krieg um die Deutungshoheit und die Definitionsmacht der Ereignisse geführt. Mursi ist weg und auch die langen Schlangen vor den Tankstellen sind mit seinem unsanften Abgang verschwunden, wer da Böses denkt ... Die dunklen Gestalten, sie sind wieder da. Doch die ersten Risse zwischen dieser «dreckigen» Allianz der



«Unsere Revolution – kein Militärputsch». Transpi in Port Said. Bild: zVg.

zivilgesellschaftlichen Kräften, den salafistischen WahhabitInnen, der revolutionären Jugend und den Kräften des alten Regimes, sie waren schon wenige Tage nach Mursis Entmachtung sichtbar.

Lang wird dieses Bündnis wohl kaum halten. Und bald kommt der Herbst und mit ihm eine ganze Reihe von «heissen Tagen» der Wut und des Gedenkens: Maspero, der Novemberraustand, die Schlacht um den Präsidentenpalast, der Mord an Gika, der Jahrestag der Revolution, das Massaker von Port Said. Dann wird die revolutionäre Avantgarde wieder zu Tausenden auf den Plätzen und der Strasse sein, sie, die Mubarak gestürzt und Mursi entmachtet hat. Es ist nicht nur ein Kampf um Ideologie oder Religion, sondern ein Generationenkonflikt und ein Aufeinanderprallen von Mentalitäten. In einem Land, wo 70 Prozent der Bevölkerung unter 28 Jahre alt ist, werden es die jungen Kräfte sein, die über die Zukunft bestimmen. «Die Revolution der Korrektur», sie hat die Tür dafür wieder aufgestossen. Entscheidend wird nun sein, inwieweit es den zivilgesellschaftlichen Kräften und alten Seilschaften gelingt, die Generation der Revolution in den Machtprozess einzubinden. Wird dies in den nächsten Wochen nicht gelingen, dann wird auch die neue Regierung kläglich scheitern.

Vom Sieg der Revolution

Unsere Partei gratuliert den Massen von mutigen ägyptischen Menschen zu ihrem Sieg und grossen Triumph über Tyrannei, Sektierertum und Unterentwicklung. Heute haben sich die ÄgypterInnen erhoben, um auf ihrem Weg vorwärts die grossen Ziele der ägyptischen Revolution – echte Demokratie, menschliche Würde, soziale Gerechtigkeit und eine in vielfacher Hinsicht offene und moderne Gesellschaft – zu verwirklichen. Sie haben den Präsidenten entmachtet, der sich nicht an seinen eigenen Eid gehalten, seine Versprechen gebrochen und der das Land und die Menschen beschmutzt hat. Nun wurde er gestürzt und die Revolution vom 25. Januar 2011 geht weiter und tritt mit ihrer Sehnsucht, Hoffnung und lange erprobten Grossherzigkeit der Zivilgesellschaft in eine neue Phase. Dieser Sieg wäre nicht komplett ausgefallen ohne den unbeugsamen Willen, das unerbittlichen Beharren und die beispiellose Massenmobilisierung von Millionen rebellischer Menschen über mehrere Tage hinweg. Unsere wackere Armee bestätigte ihre tiefe Ergebenheit und Loyalität gegenüber dem ägyptischen Volk und dem Recht auf ein freies und würdevolles Leben. Deshalb folgte die ägyptische Armee den Forderungen des ägyptischen Volkes und unterstützte den revolutionären Kampf, stand den Menschen als Schutzherr zur Seite und vollendete deren Forderungen und Ziele.

Mit ihrer glorreichen Leistung gelang es der rebellischen Jugend Ägyptens den revolutionären Geist neu zu entfachen und – mit ihrem ambitionierten Ideenreichtum, scharfsinnigen Bewusstsein

und reifen Verständnis – die Wiedergeburt der Revolution, die zuvor durch einen Komplott der dunklen Kräfte geschwächt und vereinnahmt wurde. Die Unterschriftenkampagne «Rebellion» inspirierte die Menschen, die sich mit einer enormen Wucht millionenfach erhoben und dem Ruf der Revolution mit grosser Entschlossenheit folgten. Der zukünftige Fahrplan öffnet die Türen, um den Kurs der Revolution zu korrigieren, eine Verfassung umzusetzen, die Hoffnungen und Bestrebung unseres Volkes widerspiegelt, und die Bildung einer technokratischen Regierung für die Übergangsphase zu bilden. Unsere Partei fordert die höchste Priorität und sofortige Umsetzung der Forderung der Arbeiterklasse und ihres Rechts auf ein Leben in Würde und Sicherheit. Unsere Partei fordert ebenso die sofortige Anklageerhebung gegen Mursi, die Stützpfeiler seiner Gruppe und aller ihrer terroristischen Verbündeten, die am Blutbad und der Terrorisierung des ägyptischen Volkes beteiligt waren. Die Kommunistische Partei ruft die Massen der Menschen dazu auf, auf den Plätzen und Strasse zu bleiben und wachsam zu sein, um den völlig Sieg der Revolution zu garantieren und die Verschwörungen des Feindes zu erkennen.

*Lang lebe der Kampf des ägyptischen Volkes!
Lange lebe die glorreiche Revolution!*

KAIRO, 3. JULI 2013
KOMMUNISTISCHE PARTEI ÄGYPTEN

Die Frauenkooperative in Atoof in der Westbank

Jochi Weil. **Am 16. Mai 2013 waren ein Kollege der Kampagne Olivenöl und ich, zusammen mit Saad Dagher dem Leiter der «Arab Agronomist Association» (AAA), Ramallah, ganztags in der Westbank unterwegs. Wir besuchten verschiedene Einrichtungen. Besonders spannend war das Treffen mit den Frauen der Kooperative in Atoof.**

Zunächst fahren wir zum Agro-ökologischen Versuchsgelände in Dura El-Qari'. Weiter geht es nach Mazari' Al-Nobani, dem Geburtsort von Saad. Wir besuchen die Firma Palovina, in der aus Olivenöl Seifen und eine Body Lotion auf natürlicher Grundlage hergestellt werden. Die Reise führt uns dann ins Dorf Farkha. Wir besichtigen eine Anlage zur Herstellung von ökologischem Kompost, hergestellt aus Kuhmist. Nach einer längeren Fahrt in Richtung Norden im Raum von Jenin gelangen wir östlich ins Grenzgebiet zum Jordantal. Wir passieren Tamoun, wo riesige Gewächshäuser zum Anbau von Tomaten, Schnittblumen, Erdbeeren und vieles mehr sichtbar sind. Sie entstanden durch die Unterstützung der «Palestinian Agricultural Relief Committees» (PARC) und die AAA. Mehr als 1000 Arbeitsplätze für PalästinenserInnen wurden so geschaffen, die nun nicht mehr in israelischen Siedlungen arbeiten müssen.

Was wurde daraus?

Weiter geht es im Auto von Saad in Richtung Atoof, östlich von Tamoun, wohl bereits im Jordantal. Die Gegend kommt mir irgendwie bekannt vor. Plötzlich dämmert es mir: In den erwähnten Gewächshäusern waren meine Frau Anjuska und ich schon vor einem Jahr. Damals auf Anregung eines Vorstandsmitglieds der Kampagne Olivenöl, deren Familie väterlicherseits in Nablus lebt. Ihrer Cousine aus dieser Stadt gehört eine kleine Hühnerfarm in Atoof. Nadjat hatte uns 2012 gebeten, dort einen Besuch abzustatten, zumal ihre Cousine sie um finanzielle Unterstützung gebeten hatte. Dank Saad kam der Besuch zustande. Wir sahen uns mit grossen Erwartungen konfrontiert, Gemüse

und Tomaten sollten angebaut werden. Ein grosses Problem war auch hier die Versorgung mit Wasser, vor allem Anschlüsse von der Hauptleitung zu einzelnen Betrieben fehlen. Hierfür müssen die Kosten von Eigentümern übernommen werden. Nach dem Besuch in freundlicher Atmosphäre diskutierten wir lange mit Saad und kamen schliesslich überein, dass der Kampagne Olivenöl ein kleines Projekt von einigen Tausend Euro, etwa 5000 Franken unterbreitet werden solle. Dabei solle es um Beratung zum Anbau von Gemüse gehen. Ausgeschlossen wurde jedoch eine Unterstützung der privaten Farm der Cousine, doch die Beratung einer Kooperative könnte sinnvoll sein.

Nach einer Weile erreichen wir ein Gebäude in Atoof. Hier warten einige Menschen auf uns, dies bereits seit längerer Zeit. Saad entschuldigt sich bei den Anwesenden für die Verspätung.

Ich möchte wissen, was aus dem Besuch vor einem Jahr bei der Cousine von Nadjat geworden ist. Hat sich daraus etwas ergeben? Es wird zum Ausdruck gebracht, dass die Frauen seit kurzer Zeit im Anbau von Gemüse agro-ökologisch beraten werden – und zwar durch den Agronomen Saad, Leiter der AAA. Und wie ich mich darüber freue! Vor allem deshalb, weil aufgrund des Wunsches zur Unterstützung der privaten Hühnerfarm ein kleines Projekt entstanden ist, welches nun der Frauenkooperative in Atoof zugutekommt.

Die Kooperative arbeitet gewinnbringend!

Lachend sieht mich eine Frau an. Kennt sie mich? Das Rätsel löst sich umgehend: es ist die Cou-

sine von Nadjat. Herzlich begrüssen wir einander. Sie gehört der Frauenkooperative an, die wir besuchen. Bald fahren wir dorthin los – auf holperigen Strassen. Das letzte Stück zum Gebäude der Kooperative auf der Anhöhe nehmen wir zu Fuss. Drinnen werden wir von elf der insgesamt 25 Frauen erwartet. Ein Mann ist auch da. Oder sind's deren zwei? Saad stellt meinen Kollegen und mich vor. Danach stellt er den Frauen Fragen über die Kooperative und möchte von jeder deren Ausführungen hören.

Zentral ist die Vergabe von Krediten an die Frauen. Mehrere von ihnen erhalten solche zu einem Zins von 8 Prozent. Einige kaufen Futter für ihre Ziegen, damit sie kein Tier verkaufen müssen. Die Rückzahlung der Kredite von 700, 1000 und in seltenen Fällen maximal 2000 US Dollar, erfolgt praktisch zu 100 Prozent, was ich mir durch die gegenseitige Kontrolle durch die Mitglieder der Kooperative erkläre. Was mich gerade zu erstaunt ist die Information, wonach die Frauenkooperative gewinnbringend arbeitet.

Mich interessiert dieses Projekt vor allem deshalb, weil die Vereinigung Schweiz-Vietnam seit 2004 alte Menschen mit Mikrokrediten unterstützt, damit diese etwas zum Lebensunterhalt in ihren Familien beitragen. Das Gespräch mit den Frauen ist offen. Bereitwillig geben sie Antwort auf unsere Fragen. Es ergibt sich eine vertraute Atmosphäre, dies obwohl wir erstmals zusammentreffen.

Nach dem intensiven Austausch werden wir zu einem Imbiss eingeladen, welchen Mitglieder Kooperative für uns vorbereitet haben, Wir lassen es uns schmecken, vor allem das Gebäck zum Dessert.

Der Kampf der BeduinInnen im Negev – Naqab

Jochi Weil. **Auf Einladung von fünf verschiedenen Organisationen weilte der Beduine Khalil Alamour vom «Negev Coexistence Forum For Civil Equality» (NCF) kürzlich in Zürich. Er berichtete über den Kampf gegen die Vertreibung von bis zu 70 000 Menschen. Gewaltsame Vertreibung, um jüdische Siedlungen zu bauen.**

Dorf Al-Sira, in dem Kahlil lebt, ist eines von 35 nicht anerkannten Dörfern im Negev, die zerstört werden, falls der so genannte «Praver-Begin Plan», vom israelischen Parlament als Gesetz verabschiedet wird. Dies würde bedeuten, dass mindestens 30 000 BeduinInnen aus ihren Dörfern, in welchen sie schon lange leben, gewaltsam vertrieben werden. Ja, es ist gar von 40 000 bis 70 000 (!) Menschen die Rede.

Worum geht es?

In al-Sira leben 500 BeduinInnen in 70 Familien, eine davon ist die von Khalil, Vater von sieben Kindern. Eine Urkunde von 1921 beweist, dass Khalils Grossvater das Land vom vormaligen Besitzer käuflich erworben hatte. Für al-Sira und die anderen Dörfer gibt es keine Postadresse, weil sie nicht anerkannt sind. Adresse ist der Stamm, in vielen Lebensbereichen eine bedeutsame Einheit für Beduinen. Erreichbar sind sie heute via Email. Verbote der geplanten Vertreibungen sind 70 Zerstörungsbefehle für die Häuser der Familien. Hinzu kommen weitere fünf für Ställe und kleine Läden. Zwei Häuser sind bereits zerstört worden. Als Dorf nicht anerkannt zu sein bedeutet, dass der israelische Staat diesen StaatsbürgerInnen keine Infrastruktur zur Verfügung stellt, keine Wasser-, Elektrizitäts- und Gesundheitsversorgung, keine Strassen. «Die Liste über Mangelndes ist lang», betonte Khalil. Die Säuglingssterblichkeit im ersten Lebensjahr auf 1 000 Geburten ist viermal höher als die von jüdischen Israeli.

Die BewohnerInnen in al-Sira haben die rund drei Kilometer entfernte offizielle Wasserleitung angezapft und auf eigene Kosten PVC-Rohre gelegt. So erhalten die Menschen qualitativ gutes Wasser, welches sie der israelischen Gesellschaft «Mekorot» bezahlen. Die Schule, die oft weit vom Beduinendorf entfernt liegt, können die Kinder besuchen. Am Morgen werden sie mit Bussen abgeholt. Ausgeschlossen sind kleine Kinder, denn in den insgesamt 46 Dörfern gibt es kaum Kindergärten. SchülerInnen, die am Nachmittag spezielle Kurse besuchen möchten, haben dazu keine Chancen, da sie am Mittag zurückgefahren werden.

Stichworte zur Geschichte

Seit dem 7. Jahrhundert sind BeduinInnen bekannt. Im 16. Jahrhundert wanderten sie und hatten oft keinen festen Wohnsitz. Vor 1948 gab es 91 707 BeduinInnen im Negev/Naqab. 80 000 wurden von den zionistischen Streitkräften 1947/48 vertrieben. Heute leben im Negev/Naqab etwa 210 000 BeduinInnen. 35 von 46 Dörfern sind vom Staat Israel nicht anerkannt, elf befinden sich im Prozess der Anerkennung. Sieben Städte, die grösste von ist Rahat, hat der Staat Israel in den 1970er Jahren erbaut und versucht, möglichst viele BeduinInnen dort anzusiedeln. Die Städte sind unter den ärmsten in Israel, haben wenig staatliche Infrastruktur und eine grassierende Arbeitslosigkeit.

Widerstand

Durch den «Praver-Begin Plan» soll Raum für jüdische Siedlungen geschaffen werden, zum Beispiel für Hiran in Umm al-Hieran. Gefragt, wo denn die 30 000 bis 70 000 BeduinInnen künftig leben sollen, antwortet Khalil: «Das weiss ich nicht».

Die EU und die Betroffenen forderten 2012 den Rückzug des «Praver Plans». Zurzeit wird dieser Plan von israelischen Menschenrechtsorganisationen sowie auch der UNO breit kritisiert. Im Mai erfolgte im israelischen Parlament die erste Lesung, mit 43 zu 40 Stimmen wurde das Gesetz knapp angenommen. Zwei weitere Lesungen werden folgen. Es gab mehrere Demonstrationen, eine mit gut 5000 Menschen. Aus Protest wurde vor dem Parlament «campiert».

Was kann solidarisch getan werden? Wichtig ist der internationale Druck, zum Beispiel durch Schreiben an die israelische Botschaft in Bern. Und über Besuche in al-Sira würde sich Khalil Alamour sehr freuen.

ORGANISIERT WURDE DER ANLASS VON AMNESTY INTERNATIONAL, ARBEITSGRUPPE AL ARAKIB, CAFÉ PALESTINE, JÜDISCHE STIMME FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN ZWISCHEN ISRAEL UND PALÄSTINA, SCHWEIZER FREUNDKREIS VON GIVAT HAVIVA

Die kriminelle Geschichte der US-Aussenpolitik

Martin Baraki. **William Blums «Zerstörung der Hoffnung» hätte eigentlich «Kriminelle Geschichte der US-Aussenpolitik» heissen müssen. Der Autor legt eine umfassende Untersuchung «des andauernden US-amerikanischen weltweiten «demokratischen» und multiethnischen Holocaust vor», heisst es auf der Buchrückseite. Unbegreiflich, dass angesichts der zahlreichen US-Kriege seit Ende des Warschauer Paktes, der CIA-Folterkammern und den permanenten CIA-Drohneinsätze dieses Buch in den hiesigen Medien totgeschwiegen wurde.**

William Blum behandelt auf 656 Seiten insgesamt fünfundfünfzig Fallbeispiele und im Anhang 165 Militärinterventionen der USA von 1798 bis 1945. Eine angemessene Rezension dieses Buches ist kaum möglich, ausser, man druckt den ganzen Text vollständig ab. Angesichts der Aktualität des Werkes sind dem Buch Übersetzungen in alle Sprachen der Welt zu wünschen. Es sollte sogar zur Pflichtlektüre der BürgerInnen der Vereinigten Staaten werden, und auch derer, die die US-Aussenpolitik entweder kritisch oder unkritisch begleiten.

William Blum «bombardiert» den Leser mit tausend Fakten, so dass man sich nach dem Lesen erschlagen fühlt. Es gibt kaum ein überflüssiges Wort. Die Einleitung gibt einen guten Überblick über Inhalt und Intention des Werkes. Im Vordergrund steht hier die US-Militärintervention mit etwa 13000 Mann im Sommer 1918 in die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik um den «bolschewistischen Staat schon bei der Geburt zu erwürgen» (S. 1). Winston Churchill war seinerzeit Kriegs- und Luftfahrtminister und gab später zu, dass die westlichen Alliierten «als Invasoren auf russischer Erde» standen (S. 2). Obwohl die Intervention ihr eigentliches Ziel verfehlte, so hatte sie dennoch solch ernsthafte Konsequenzen für die Sowjetunion, «welche bis zum heutigen Tag andauern» (S. 2). Die politische Klasse der USA war in der Tat erfreut, dass die faschistische deutsche Wehrmacht die Sowjetunion überfiel. «Wenn wir sehen, dass Deutschland am gewinnen ist, müssen wir Russland helfen, und wenn Russland am gewinnen ist, müssen wir Deutschland helfen, damit sie gegenseitig so viele Menschen wie möglich umbringen», sagte der damalige US-Präsident Harry Truman (S. 5).

Alle waren «Kommunisten»

«Clash of Civilisations» von Samuel Huntington war die Neuauflage dessen, was der ehemalige US-Aussenminister John Foster Dulles schon am Anfang des Kalten Krieges sagte: «Wir kennen in der Welt nur zwei Arten von Menschen: Es gibt diejenigen, die Christen sind und die Marktwirtschaft unterstützen, und es gibt die anderen» (S. 7). Wie aktuell diese Aussage ist, belegen die laufenden westlichen Kriege gegen die islamischen Länder sowie die Verbrennung von Koran Ausgaben und Beleidigungen des Propheten Mohammed.

Die von William Blum untersuchten Fälle belegen eindeutig, «dass es völlig irrelevant war, ob die einzelnen Interventionsziele – seien es Individuen, politische Parteien, Bewegungen oder Regierungen – sich selbst «kommunistisch» nannten oder nicht. Es spielte kaum eine Rolle, ob sie den Dialektischen Materialismus studiert hatten oder niemals von Karl Marx gehört hatten, ob sie Atheisten oder Priester waren, ob eine starke kommunistische Partei eine Rolle spielte, ob die Regierungen durch eine gewaltsame Revolution oder durch freie Wahlen zustande gekommen waren, alle wurden zu Zielen, alle waren «Kommunisten» (S. 8). Daran hat sich bis heute nichts geändert und es wird sich in absehbarer Zeit daran auch nichts ändern. Jeder der aus der Reihe tanzt wird zum Schurken und damit für vogelfrei erklärt. Nur die Begründungen lauten heute etwas anders, nämlich Menschen- oder Frauenrechte.

Die USA setzten am Ende des 2. Weltkrieges bekanntlich Atombomben gegen Japan ein. Dies hinderte aber sie nicht daran, noch bevor die Tinte auf dem Kapitulationsvertrag mit Japan ganz trocken war, Seite an Seite mit den japanischen Truppen, die noch auf chinesischem Boden standen, gegen die chinesischen KommunistInnen zu kämpfen. Die USA unterstützten den separatistischen General Chiang Kai-shek und trugen zur Trennung Taiwans vom chinesischen Festland bei. Die Insel Taiwan ist bis heute noch als US-Stachel in Chinas Fleisch wirksam (S. 24).

Anfang 1946 befanden sich immer noch etwa 100 000 US-Soldaten auf der Seite Chiang Kai-sheks im Kampf gegen die Einheiten der kommunistischen Volksbefreiungsarmee. Von 1945 bis 1949 haben die USA etwa zwei Milliarden Dollars an Geldmitteln und Waffen an Chiang Kai-shek vergeben und 39 Divisionen seiner Soldaten ausgebildet (S. 27). Später setzte die US-Armee U2-Spionage Flugzeuge vom pakistanischen Peshawar aus gegen die VR China ein. Es ist gar nicht so lange her, dass Henry Kissinger erneut einen Krieg gegen China in Erwägung zog. «Was würden die Verbündeten tun, wenn wir mit einem Krieg gegen China anfangen würden?», fragte er in der Springer-Zeitung «Die Welt».

Eine halbe Million Menschen getötet

In Italien wollten die USA nach dem 2. Weltkrieg auf jeden Fall eine Koalitionsregierung zwischen KommunistInnen und SozialistInnen verhindern. Zunächst erhielten die «Parteien der Mitte» von der CIA zehn Millionen US-Dollar (S. 43). Später war sogar auch der Einsatz einer NATO-Sondereinheit Bestandteil dieser Strategie, falls die Kommunistische Partei Italiens (PCI) an die Regierung kommen sollten.

Griechenland, das als Wiege der Demokratie galt, wurde zum US-Vasallen degradiert. Die demokratischen Kräfte wurden durch US-hörige Obristen in Blut ertränkt (S. 47ff.). Folge dieses Verbrechens ist das Elend, das die griechische Bevölkerung heute am deutlichsten zu spüren bekommt.

Die Philippinen sind die älteste Kolonie der Vereinigten Staaten. Die US-Armee ist seit fast 100 Jahren auf dem Territorium des Landes stationiert. Niemand fragt, was sie da zu suchen haben, und wie lange sie noch zu bleiben gedenken (S. 56ff.).

Gegen Korea haben die USA unter UN-Flagge einen Krieg geführt und damit die koreanische Halbinsel geteilt. Sie hatten sogar in Erwägung gezogen gegen Korea biologischen Waffen einzusetzen (S. 78). Die Folge der US-Kolonialstrategie gegen Korea wird die internationale Politik noch lange belasten. Da auf dem südkoreanischen Boden immer noch Militäreinheiten der USA stationiert sind, besteht immer noch die akute Gefahr einer US-Aggression gegen Nordkorea.

In Indonesien haben die USA im März 1967 den national gesinnten Präsidenten Sukarno gestürzt, wobei die grösste kommunistische Partei außerhalb des Ostblocks zerschlagen und über eine halbe Million Menschen ermordet wurden (S. 158ff.). Sukarno war Anfang der 1950er Jahren neben Gamal Abdul Naser, Josip Broz Tito und Jawaharlal Nehru Initiator bei der Gründung der Organisation der Blockfreien Staaten. Für die USA jedoch war Neutralität unmoralisch, so der damalige US-Außenminister John Forster Dulles.

Die CIA hatten 1953 den Putsch gegen den patriotisch gesinnten iranischen Ministerpräsidenten Mohamad Mossadegh finanziert, damit das iranische Öl weiter billig an die US-Konzerne fließen konnte. Mossadegh hatte zuvor die in britischer Hand befindliche Anglo-Iranian Oil Company verstaatlicht (S. 101ff.).

Chile: Eine «unverantwortliche» Wahl

Mittel- und Lateinamerika galt von jeher als Hinterhof der USA. Daher konnten sie dort Schalten und Walten, wie es ihnen gerade passte. Der CIA-Umsturzversuch in der kubanischen Schweinebucht in der 1960er Jahren ist allgemein bekannt (S. 308ff.). Am 11. September 1973 wurde mit massiver Unterstützung der CIA die gewählte Regierung Salvador Allendes in Chile gestürzt, wobei die Pinochet-Sodateska ein Blutbad unter den demokratischen Kräften verursachte. Das chilenische Volk wurde von Henry Kissinger am 27. Juni 1970 bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates der «Unverantwortlichkeit»



bezüglich (S. 349), weil es das Linksbündnis «Unidad Popular» gewählt hatte.

Im Kongo wurde mit der Hilfe von CIA und des belgischen Geheimdienstes Präsident Patrice Lumumba ermordet und seine Leiche in Säure aufgelöst. Für die westlichen Kolonialmächte galt er als «unberechenbare» Person (S. 259).

In Afghanistan hat die CIA 1978 die islamischen Fundamentalisten, dann Al-Qaeda und die Taleban erfunden. Sie galten damals alle als Freiheitskämpfer gegen die linksorientierte Regierung in Kabul. Diese CIA-Kreaturen haben über 50 Prozent der afghanischen Infrastruktur zerstört. Sie haben das Trinkwasser in Mädchenschulen vergiftet und Krankenhäuser in die Luft gesprengt. Der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates schrieb in seinen Memoiren, dass die US-Geheimdienste mit der Unterstützung der afghanischen Islamisten bereits sechs Monate vor der sowjetischen Intervention Ende 1979 begonnen hätten. Auch der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, bestätigte, daß dieser am 3. Juli 1979 die erste Direktive über die geheime Unterstützung der islamistischen Opposition gegen die Regierung in Kabul unterzeichnet hatte. «Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber wir haben die Möglichkeit, dass sie es tun, wissentlich erhöht», betonte er. Am 27. Dezember 1979 folgte die sowjetische Intervention, und damit wurde der Afghanistan-Konflikt internationalisiert. Die Folge war ein unabsehbarer Zerfallsprozess der staatlichen Strukturen, der immer noch andauert.

Mörderbanden

Die CIA bildeten nicht Widerstandskämpfer, sondern Mörderbanden aus. Eine gängige Methode der afghanischen Islamisten war, dass sie ihre Gefangenen «folterten, wobei sie ihnen zuerst ihre Nasen, Ohren und Genitalien abschnitten und sie dann langsam häuteten» (S. 572). Diese Leute wurden dann auf Veranlassung des US-Energiekonzerns UNOCAL durch die Taleban aus Kabul vertrieben. Als dann 2001 die Taleban in Unnade fielen, brachten die USA wiederum ihre alten Verbündeten, nämlich die islamistischen Mörderbanden an die Regierung. Durch direkte Militärpräsenz wurde Afghanistan zu einem Protektorat der USA und zu einem unsinkbaren Flugzeugträger für die NATO.

Leider fehlt dem Buch die sehr aufschlussreiche Literaturliste. Darüber hinaus bei einem so umfangreichen Werk ein Namens- und Sachregister. Ab und zu gibt es kleine Sach- bzw. Druckfehler, die aber ignoriert werden können.

BLUM, WILLIAM: ZERSTÖRUNG DER HOFFNUNG, BEWAFFNETE INTERVENTIONEN DER USA UND DES CIA SEIT DEM 2. WELTKRIEG
ZAMBON VERLAG, FRANKFURT/MAIN, 2008
ISBN: 978-3-88975-141-6
674 SEITEN

Chile, 11. September 1973: Die Regierung Salvador Allendes wird gestürzt. Bild: zVg.

William Blum

«Wenn ich den Armen Brot gebe, bin ich ein Heiliger. Wenn ich frage, warum die Armen kein Brot haben, bin ich ein Kommunist». William Blum, 1933 geboren, ist einer der schärfsten Kritiker der Aussenpolitik Washingtons und der entscheidenden Rolle, welche darin das US-Militär und die CIA spielen. Aus Protest gegen den Vietnamkrieg trat er aus dem Staatsdienst aus. Bis dahin hatte er als Computerprogrammierer im US-Aussenministerium gearbeitet. Mit Gleichgesinnten gründete er 1967 die Washington Free Press, die erste «alternative» Zeitung in der US-Hauptstadt. 1972 und 1973 berichtete er als Journalist aus Salvador Allendes Chile, wo er die brutale Beseitigung der Demokratie durch die USA und die Truppen ihres Handlungers General Augusto Pinochet hautnah erlebte. Seitdem hat Blum mehrere Bücher und zahlreiche Artikel veröffentlicht. Im 2006 stand er urplötzlich im weltweiten Rampenlicht: Sein Buch «Rogue State: A Guide to the World's Only Superpower» wurde vom Al-Kaida-Chef Osama Bin Laden höchstpersönlich in einer Videobotschaft empfohlen. Auf einem Schlag kletterte das Buch von Platz 205 763 auf Platz 26 der am häufigsten beim Internetportal Amazon.com bestellten Bücher. Die Empfehlung Bin Ladens führte aber auch dazu, dass fast alle US-Universitäten, an denen Blum in jenem Frühjahr Vorträge halten sollte, den bekennenden Sozialisten wieder ausluden.

Die proletarischen Ursprünge des Heavy Metal

huz. Die fast vollständige Originalbesetzung der Band Black Sabbath hat mit dem Album «13» eine Hommage an die Ursprünge des Heavy Metal eingespielt. Die Platte erinnert daran, dass die wohl grösste Subkultur der Welt eine Erfindung der britischen Arbeiterklasse ist.



Ozzy Osbourne (r.) mit Black Sabbath Anfang der siebziger Jahre. Bild: zVg.

Wer in den neunziger Jahren aufgewachsen ist, hat Ozzy Osbourne zuerst einmal als dämlichen Protagonisten der Familien-Realityshow «The Osbournes» kennen gelernt. Wer sich mit seiner Fernbedienung damals durch die Kanäle gezappt und dabei auch mal bei MTV vorbeigeschaut hat, hielt Ozzy und sei-

ne bizarre Familie verständlicherweise für genauso dämlich wie die Leute, die sich zur selben Zeit für RTL in einen Container einschliessen und filmen liessen. Nur noch der Akzent erinnerte an Ozzy's britisch-proletarische Herkunft. In Birmingham, wo Ozzy 1948 als Sohn eines Werkzeugmachers und einer Fabrikarbeiterin zur Welt kam, beginnt die Geschichte des Heavy Metal. Mit Black Sabbath hat Ozzy einen gewichtigen Beitrag zum ersten Kapitel dieser Geschichte beige-tragen.

Kürzlich hat Black Sabbath mit «13» ein neues Album veröffentlicht. Die Aufregung war gross, denn dieses Mal sollte vieles anders sein als bei den vielen peinlichen Veröffentlichungen, die Black Sabbath seit Ozzy's erstem Austritt von 1977 zustande gebracht hat. Ausser Schlagzeuger Bill Ward ist die gesamte legendäre Gründungsbesetzung auf dem Album präsent. Produziert wurde das Album von Rick Rubin, der schon Metallica oder Johnny Cash aus der musikalischen Versenkung geholt und zu neuen Höchstleistungen angeregt hatte. Wenn man das Magengeschwür von Gitarrist Tony Iommi und die Berge von Drogen berücksichtigt, die Ozzy sich während seines Lebens eingeschmissen hat, ist ihm das auch mit Black Sabbath gelungen.

Klang des Teufels

Auch wenn «13» schon für sich interessante Momente aufweist, deutet es vor allem auf eine

Geschichte hin. Rubin hat sich bei der Produktion am rohen Sabbath-Sound der frühen siebziger Jahre orientiert. «13» enthält gar direkte Zitate von Stücken des legendären Albums «Paranoid». Auch die Gewittergeräusche, die den Anfang des Albums machen, sind ein Zitat: des Moments, der als Geburtsstunde des Heavy Metal am Freitag, den 13. Februar 1970, gilt, als das erste Sabbath-Album erscheint. Der gleichnamige Song «Black Sabbath» ist nach einem Horrorfilm benannt. Sein schleppendes Riff wird durch den Tritonus geprägt, das dissonant klingende Intervall, das im Mittelalter als Teufelsklang verboten war. Der Song gibt auch dem Album seinen Titel, das in nur gerade 12 Stunden eingespielt wird.

Black Sabbath beginnen mit Blues-Rock und sind anfangs stark von Bands wie Led Zeppelin oder Cream beeinflusst. Jedoch zeichnet sich ihre Musik durch eine Schwere aus, die dem Wort «heavy» eine neue Bedeutung gab. Bereits die Hippies hatten dieses Wort verwendet, um den kräftigeren Klang zu beschreiben, den etwa Jimi Hendrix und teilweise sogar die Beatles erreichten, jedoch noch nicht zur Bezeichnung eines ganzen Genres. Nachdem der Ausdruck «Heavy Metal» zum ersten Mal in Büchern des Beat-Schriftstellers William S. Burrow und einem Song der Band Steppenwolf auftauchte, wird dem Rolling-Stone-Kritiker Lester Bangs nachgesagt, den Ausdruck zum ersten Mal zur Beschreibung von Musik verwendet zu haben.

Der Begriffsteil «metal» beschrieb die Umgebung der Stahlindustrie Birminghams, die Anfang der siebziger Jahre noch deutlich vom Krieg gezeichnet war. Neben dem düsteren Klang hinterliess sie auch in den von Wahnsinn und Okkultismus handelnden Texten der Band ihre Spuren. Im Song «Black Sabbath» sitzt der Teufel vor einer brennenden Kirche und lacht über die rennenden und schreienden Menschen. Neben dem enormen musikalischen Einfluss auf die gesamte Metalwelt hat auch dieser Satan Spuren in der Musikgeschichte hinterlassen.

Musikalischer Tod in Kalifornien

Auch wenn die Texte des ebenfalls 1970 veröffentlichten Albums «Paranoid» etwas weltlicher werden und etwa den Vietnamkrieg kritisieren, bleibt die Band ihren Fantasiewelten treu. Der Okkultismus ist eine düstere Variante des Hippie-Eskapismus. Kein Wunder war Ozzy's Lieblingsdroge bis zum Umzug der Band in die USA noch LSD. Als die Band England nach sechs herausragenden Alben verliess, brach im sonnigen Kalifornien bezeichnenderweise auch ihre Schaffenskraft in sich zusammen. In den Achtzigern spielte Ozzy solo noch einige musikalisch solide, aber von harmlosem US-Hard-Rock geprägte Alben heraus.

Doch das Arbeitermilieu Birminghams hatte noch eine weitere Band hervorgebracht: Judas Priest. Die Band entfernte den Blues endgültig aus ihrer Musik, streifte sich schwarze Lederkostüme über und übernahm Heavy Metal erstmals als Eigenbezeichnung. Das 1980 – in einem der grössten Jahre des Genres – veröffentlichte Album «British Steel» erinnerte an der mit der «New Wave of British Heavy Metal» zur Blüte gereiften Musikkultur. Zusammen mit der von Lemmy Kilmister gegründeten Band Motörhead, die die stilbildende Dubble Bass zum ersten Mal einsetzte, prägte Priest die britischen Anfangsjahre des Metal.

Bevor das Epizentrum des Metal in die USA und andere Teile Europas abwanderte, ging von Birminghams Arbeiterquartieren ein letzter, für den Metal prägender Impuls aus: Über ein weltweites Tapetrading-Netz nahm die Band Napalm Death – eine Horde wütiger Teenager – den Hardcore-Punk und den frühen Death Metal aus den USA auf und radikalisierte ihn zu Grindcore – dem wohl brachialsten Musikstil überhaupt. In unterirdischen Arbeiterpubs trieben Napalm Death Tempo und Aggression immer weiter und wurden zum prägenden Einfluss harter Musik weltweit.

Die verlorenen Rebellen

huz. Hip Hop wurde in seiner Anfangszeit massgeblich durch Impulse politisch eingestellter Künstler vorangetrieben. Die neusten Veröffentlichungen von Kanye West und Jay-Z zeigen dagegen eindrücklich, dass die musikalische Selbstermächtigung der Afroamerikaner zur Farce geworden ist.

Die Geschichte des neusten Jay-Z-Albums beginnt mit einer Spaltung: eine in Menschen, die ein Samsung-Galaxy-Handy besitzen, und in solche, die keines besitzen. Der Rapper hatte mit dem koreanischen Unternehmen einen Vertrag abgeschlossen, der jedem Besitzer jenes Handy-Modells eine App zusichert, die das neueste Jay-Z-Werk «Magna Carta Holy Grail» enthält. Der Rapper kassierte damit umgehend fünf Millionen Dollar. Ausserdem reichte eine einzige Marketing-Aktion zur weltweiten Verbreitung des Albums: ein Clip, der in der Halbzeitpause eines NBA-Spiels gezeigt wurde und die Samsung-App bewarb. Die dekadente Pointe der Aktion ist das Video selbst, in dem Jay-Z über millionenteure Minuten in leeren Sätzen über neue Medien philosophiert.

Dass man es hier als HörerIn vor allem mit einer geschickten Geschäftsstrategie zu tun hat, erzählt uns Jay-Z, dessen Vermögen von Celebritynetworth.com auf 500 Millionen Dollar geschätzt wird, gleich selbst: «I'm not a businessman/I'm a business, man», heisst es in einem der neuen Songs. Diese handeln dann auch grösstenteils von einem Leben in Saus und Braus. Wen's interessiert: Dazu gehört zum Beispiel ein Maybach oder Kunst von Picasso, Andy Warhol und Jeff Koons. Mit dem Kunst-Namedropping im Song «Picasso Baby» scheint Jay-Z neben ökonomischer Potenz noch etwas hochkulturelle Bildung demonstrieren zu wollen. Sein Haus wird da wahlweise zum Louvre, der Tate Modern oder zum MoMa.

Geldsäcke statt Kugel durchs Hirn

Jay-Z erzählt auf «Magna Carta Holy Grail» immer wieder die gleiche Geschichte: Ich habe verdammt viel Erfolg und es gefällt mir sehr gut. Selbstverständlich ist das schliesslich nicht. In den Lyrics werden auch zwei Künstler genannt, die als Beispiele der vernichtenden Wirkung des Erfolgs in die Geschichte eingegangen sind: der Maler Jean-Michel Basquiat, der als erster Afroamerikaner den Durchbruch in der Kunstwelt schaffte, und Nirvana-Frontman Kurt Cobain. Beide waren drogensüchtig, beide begingen Selbstmord.

Während Basquiat nur im Zusammenhang der Deko an Jay-Z's Wand erwähnt wird, kommt Cobain im Song «Holy Grail» die Ehre

eines Zitats zu. «And we all just entertainers/And we're stupid and contagious», säuseln Jay-Z und Justin Timberlake, einer der vielen prominenten Assistenten auf dem Album, zur Melodie des ursprünglichen Nirvana-Songs («Smells Like Teen Spirit»). Dann setzt Timberlakes süsser Gesang wieder ein und erinnert an die zynische Lücke zwischen denjenigen, die auf Geldsäcken sitzen und ihren Erfolg geniessen, und demjenigen, der sich deswegen das Hirn weggeblasen hat.

Geht's noch höher?

Wenn sie sich nicht umbringen, was aus der Mode gekommen zu sein scheint, geht es für Musiker wie Jay-Z normalerweise immer weiter nach oben. «Can we get much higher?», mit diesen Zeilen, gesungen von einem Chor, hat Kanye West vor drei Jahren sein vielgelobtes Album «My Beautiful Dark Twisted Fantasy» eröffnet. Mit «Yeezus», seiner letzten Veröffentlichung, versucht West zumindest genau dies: «I'm a God», heisst es in einem seiner neusten Songs konsequenterweise.

«Yeezus» ist härter und weniger zugänglich als «Magna Carta Holy Grail». Es ist beeinflusst von Sounds der achtziger Jahre: Industrial und Acid House. Den grössten Teil des Albums hat West in seiner Loft in Paris produziert, wo er von Daft Punk oder der Produzenten-Legende Rick Rubin unterstützt wurde. Laut eigener Aussage hat Rubin das noch unfertige und viel zu lange Rohmaterialmaterial für «Yeezus» erst kurz vor Abgabe zum ersten Mal gehört. Rubin, der sich mit Produktionen wichtiger Hip-Hop- und Metal-Alben der achtziger Jahre einen Namen gemacht hat, war sofort begeistert. West habe schliesslich die Hälfte der Vocals in zwei Stunden auf Band gebracht.

Dass er ein hervorragender Musiker ist, weiss West selbst am besten. Er sei der einzige Musiker, hat er in einem Interview einmal gesagt, der so gut geworden sei wie Michael Jordan im Basketball. Seine Bedeutung gehe aber über die Musik hinaus, er sei die Stimme einer Generation. Auf Youtube gibt es ein tolles Video: Zwei Frauen stellen einem Publikum ein kleines Rätsel und lesen Zitate vor, die entweder von Kanye West oder von Hitler stammen. Man ahnt es schon: das ist jeweils sehr schwer zu sagen.

Sommerzeit – Reisezeit – Zeit für Kunst

H.P. Gansner. **Und wieder zieht es Genossinnen und Genossen in Scharen aus ihren Büros, Fabriken und Schulstuben ins Freie und in die Weite. Die passende Reise und Kunstliteratur dazu wird hier vorgestellt.**

Wenn man sich in der Schweiz ein wenig umsehen möchte, dann ist eine Monographie von Alain Claude Sulzer, schlicht und ergreifend «Basel» betitelt, zu empfehlen. Der Autor, der in jungen Jahren bei der Basler AZ Buchkritiken schrieb, unter anderem auch eine positive Besprechung meines Erstlings «Der freie Tag». Dann wurde er in der Stadt am Rheinknie freier Schriftsteller und lebt heute im Elsass und in Berlin. Aber Basel kennt der in Riehen geborene Sulzer wie seinen Hosensack: ob er über den «Daig» oder über Mäzene, die Fasnacht oder Lächerli schreibt, immer schwingt eine liebevolle Ironie mit und macht das schmucke Büchlein zu einem Ferienleckerbissen.

Folgende Anekdote kann ich mir nicht verkneifen: Kommt Herr Sarasin mit dem Kinderwagen den Spalenberg herunter und begegnet dem Herrn Burckhardt, ck, dt, wohlverstanden. Dieser schaut neugierig in Sarasins Kinderwagen und sagt: «Was fir e scheen Buschi, Herr Sarasin! Sage Sie, wo len Sie veegle?!» Als Herr Sarasin dann vernahm, dass die Szene zu einem «Gschrey» (Geschwätz, Klatsch) geführt hatte, bei dem «tout Bâle» mit twitterte, prägte er den bekannten Satz: «Me sayt nyt, me gyt nyt!», der bis heute typisch ist für den «Daig». Das Bändchen ist getrüffelt mit Münsterchen, Anekdoten und auch sehr viel Wissenswertem und man kann es ruhig auch als Lektüre für Zwischendurch am Meer lesen, falls man der Chemie-Metropole mal entkommen ist und dort, wo die endlosen Sandstrände sich in der Weite verlieren, Ferien macht.

Der bei Benteli erschienene Fotoband «France atlantique» stellt eine grosse Verlockung dar, die Westküste Frankreichs zu entdecken, wenn einem

der Süden des Landes etwas zu touristisch geworden ist. Marco Paoluzzo hat Buchten, Strände, Leuchttürme, verrottende Wracks und Geisterhäuser, die man übers Internet auch teilweise Mieten kann, atemberaubend fotografiert. Von Dünkirchen im äussersten Norden bis zur brodelnden Stadt Biaritz an der spanischen Grenze hat der reisende Meisterfotograf menschenleere Landschaften festgehalten, und sogar der abgelutschte Mont-Saint-Michel erstrahlt in ganz neuem Licht.

Dabei hat Paoluzzo auch das Landesinnere nicht links liegen lassen, mit den zum Rad fahren einladenden Feldwegen aber auch den immens grossen Soldatenfriedhöfe mit den unzähligen weissen Kreuzen laden immer noch zur Besinnung auf den antifaschistischen Kampf ein. Gerade auf das nächste Jahr hin, wenn in Frankreich der 70. Jahrestag der Libération vom Hitlerfaschismus gefeiert wird.

Noch weiter hat es den in der Romandie aufgewachsene Maler Abraham Hermanjat (1862–1932) gezogen, der leider, zu Unrecht, hierzulande kaum mehr bekannt ist, jetzt aber eine verdiente Renaissance erlebt. Viele produktive Jahre seines Künstlerlebens verbrachte der Wegbereiter für Hodler, Giacometti und Amiet in Nordafrika, wo ihn die ganz speziellen Lichtverhältnisse faszinierten. «De l'Orient au Léman» ist ein prachvoller Bildband, in dem der originelle Maler einen Bogen von kargen maghrebinischen Landschaften bis hin zum Genferseebecken und den Schweizer Alpen spannt.

Ganz zu Recht weist die Kunstwissenschaftlerin Françoise Jaunin in ihrem Essay «Die Landschaft durch Berge und Gewässer» auf Ferdinand Hodler

hin, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts für alle Landschaftsmaler das prägende Vorbild geworden ist. Man darf nicht vergessen, dass Hodler, der heute vor allem wegen der Vereinnahmung durch Blocher und Konsorten eine Art malender Nationalheiliger geworden ist – der Künstler selbst würde sich darüber wohl im Grab drehen –, zeit seines Lebens höchst umstritten, ja tödlich angefeindet war – eben von dieser helvetischen Rechten. Dass Blocher damals den berühmten «Holzfäller» in seinem Arbeitszimmer als Bundesrat an die Wand nagelte, kann tiefenpsychologisch wohl nur so erklärt werden, dass dieses Motiv die erste Hodler-Ikone war, die eine Schweizer Banknote zierte und so die libidinöse Anziehung Hodlers für den Milliardär Blocher erklärt.

Matthias Fischer verdanken wir eine umfangreiche Anthologie, die das jetzt lückenlos beweist: «Ferdinand Hodler in Karikatur und Satire». Was da an Gift und Galle von 1878 bis 1922 über Hodler ausgeschüttet wurde, geht auf keine verfaulte Kuhhaut. Die Hetzkampagne gegen den engagierten Maler ist nur vergleichbar mit jener gegen Martin Disteli, der im Sonderbundskrieg auf der Seite der Aufklärung, Gottfried Kellers und General Dufours, die finsternen Mächte der Reaktion mit seiner spitzen Zeichenfeder attackierte. So führte das Gemälde «Der Rückzug der Schweizer von Marignano», kurz nach Beginn des Ersten Weltkriegs entstanden, zu wüsten Attacken, auch mit karikaturistischen Tiefpunkten, gegen Hodler. Hodler wurde Antipatriotismus und Verunglimpfung des Schweizer Wehrwillens vorgeworfen – völlig absurd, wie so manche zeitgenössische Reaktion auf avantgardistische KünstlerInnen.

Ausserordentliche Biografien

H.P.Gansner. **Jedes Menschenleben ist ausserordentlich und einzigartig. Und doch gibt es Lebensläufe, die aus der Reihe tanzen. Hier werden einige aktuelle Publikationen vorgestellt, die eben solche Lebensläufe festhalten.**

Von einem bemerkenswerten Leben eines Mannes, der auf weit verschlungeneren Wegen als ich selbst Schriftsteller geworden ist, berichtet das Bändchen «Dada und andere Erinnerungen aus seinem Leben»: Friedrich Glauser. Als Chiffre zieht sich die pharmazeutische Abkürzung für Morphium (Mo) durch alle Episoden dieses gehetzten Lebens und Schaffens. Zwei grossformatige Illustrationen des grossen Holzschneiders Hannes Binder widerspiegeln die Ängste und Depressionen, die Glauser lebenslang gequält haben.

Was dem Glauser sein Mo, das war dem Ludwig Hohl sein Alk: viele Portraitfotos von ihm zeigen einen zutiefst verängstigten, gequälten Menschen und Schriftsteller, der sich in seinem selbstgewähl-

ten Genfer Exil immer mehr in seine Kellerwohnung verkroch. Sozusagen auf dem Totenbett erhielt er von Suhrkamp die Mitteilung, der Verlag bringe sein Gesamtwerk heraus, ihm, der sein ganzes Leben lang praktisch nur im Selbstverlag veröffentlicht hatte! Gespräche, die Alexander J. Seiler mit Hohl führte, und viele andere Beiträge von Schweizer Literaturwissenschaftlern sind in der 36 Nummer von «Quatro», der Zeitschrift des Schweizerischen Literaturarchivs, versammelt und mit Faksimileabbildungen von Manuskriptseiten geschmückt.

Unser grosser Liedermacher

Fast unglaublich erscheint es, dass erst jetzt eine Biografie von Mani Matter erscheint, wenn man bedenkt, dass der Übervater und Begründer der Berner Troubadours schon 1972 bei einem mysteriösen Verkehrsunfall ums Leben kam, wobei die Selbstmordthese, die einige Zeit herumgeisterte, vom Biografen Wilfried Meichtry heute eindeutig widerlegt werden kann. Mani Matter war nicht nur ein genialer Liedermacher, der die Schweizer Kleinkunstszene bis heute prägt – man denke nur an den Rap und die Spoken-Word-Bewegung –, sondern auch ein besorgter Familienvater und brillanter Jurist, was nur wenige wussten und wissen.

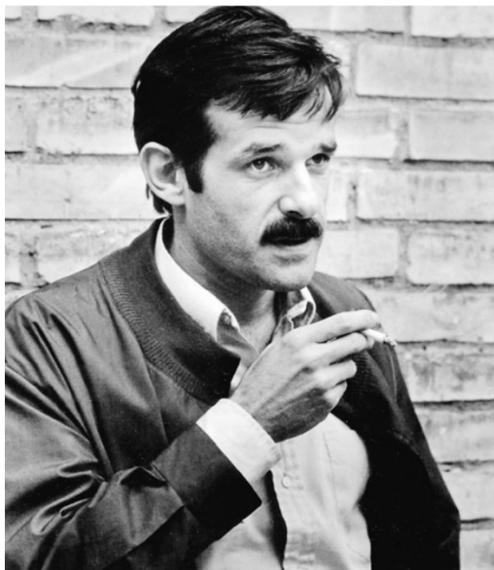
Zum ersten Mal hat Mani Matters Witwe Joy dem Biografen Einblick in den Nachlass, inklusive private Briefe gewährt, was der Biografie eine besondere Tiefe verleiht. So wird auch sichtbar, dass sich Matter politisch im Laufe seiner Karriere nach links entwickelte – eine Ausnahme: meistens ist es umgekehrt! – und sich immer mehr von der Rolle des Unterhaltungsclowns, der die Leute zum Lachen bringt, entfernen wollte. Wegen der zunehmenden Medienpräsenz und den immer grösseren Konzertsälen, in denen er auftreten musste, gelang ihm dies jedoch nicht. Dieser Widerspruch stürzte ihn oft in tiefe Depressionen, aus denen heraus

aber, wie Heinrich Heine, seine «kleinen Lieder» entstanden, was eben nur geniale Künstler schaffen.

Jesus: auch eine interessante Biographie

Als Buch zum Film, der auch am Schweizer Fernsehen in der «Sternstunde» auszugsweise ausgestrahlt und über den angeregt diskutiert wurde, also sozusagen als «Making-of», ist eine «Jesus-Doku» des Innerschweizer Filmemachers Luke Gasser erschienen. Gasser hat in akribischer Arbeit den Lebens- und Leidensweg von Jesus von Nazareth dokumentiert und einen spannenden Dokumentarfilm und ein grossformatiges, auch für Agnostiker und sogar Atheisten aufschlussreiches Bilder- und Textbuch vorgelegt. «You don't want to walk and talk about Jesus, You just want to see His face», dieses Rolling-Stones-Zitat hat Luke Gasser als Titel seines imposanten Werkes gewählt. Die Fakten und Dokumente, die Gasser zusammengetragen hat, sind beeindruckend. Und doch würde mein Grossvater, der Liniermeister in den Papierfabriken Landquart war, halt immer noch lächelnd sagen: Wer's glaubt, wird selig...

«Man ist der reinste Droschkengaul!», so beklagte sich August Bebel, den wir bereits in einer andern Nummer des vorwärts vorgestellt haben, als er die Politik zu seinem Beruf gemacht hatte. Die soeben im Zürcher Rotpunktverlag erschienene Biografie des «roten Arbeiterkaisers» von Jürgen Schmitt erlaubt Einblicke in das Leben des «Politstars» (Schmidt) und bildet eine ideale Ergänzung zu meinem Theaterstück «Am Saum der Zeit oder Bebels Tod» über die letzten Tage Bebels im Kurhotel Bad Passugg ob Chur. Überaus nützlich sind auch das ausführliche, akribisch vervollständigte Personenverzeichnis und die weiterführende Biografie. Letztere erleichtert es auch, die Aktualität des vor hundert Jahren, am 13. August 1913 verstorbenen Sozialisten, Freidenkers und Pazifisten zu erkennen.



Der Liedermacher Mani Matter. Bild: zVg.

Ein literarisches Denkmal für den Fluchthelfer Fry

Alex Riva. Im kürzlich erschienenen Roman «Mit dem letzten Schiff. Der gefährliche Auftrag von Varian Fry» rekonstruiert Eveline Hasler die kurze Geschichte einer Hilfsorganisation, die mit ihrem Einsatz vielen von den Nazis bedrohten KünstlerInnen das Leben gerettet hat.



Max Ernst, Jacqueline Breton, André Masson, André Breton und Varian Fry (v.l.) in Marseille, 1941. Bild: zVg.

Der US-amerikanische Journalist Varian Fry begeisterte sich seit seinem Studium für die deutschsprachigen Verfasser historischer Romane. In dieser Gattung wird ein geschichtlicher Stoff literarisch stimmungsvoll verarbeitet, wobei die Figuren realen Vorbildern nachgestaltet sind. Die AutorInnen greifen Themen auf, denen in ihrer jeweiligen Gegenwart dringliche Bedeutung zukommt. Seinerzeit waren die bekanntesten Vertreter Franz Werfel, insbesondere mit seinem Werk über den Widerstand der ArmenierInnen gegen den Völkermord von 1915, und Lion Feuchtwanger, der in «Jud Süß» die Judenfeindlichkeit in Deutschland während der Zeit der Aufklärung schildert. Varian Fry sollte diesen beiden vom Nationalsozialismus bedrohten und von ihm verehrten Autoren zur Flucht aus Europa verhelfen.

Nun hat der Fluchthelfer Fry einen historischen Roman erhalten – mit ihm selbst im Mittelpunkt. Eveline Haslers «Mit dem letzten Schiff» ist mit seinen etwas über zweihundert Seiten zwar nicht so umfangreich wie die epochalen Schunken von Werfel und Feuchtwanger, dafür vergleichbar reich an recherchierten Informationen.

Der Auftrag

Varian Fry gelangte im Sommer 1940 nach Marseille ins noch unbesetzte Frankreich. In der Mittelmeerstadt und ihrer Umgebung hielten sich unzählige Flüchtlinge auf, die aus dem nationalsozialistischen Deutschland oder aus den französischen Gebieten unter dem kollaborierenden Vichy-Regime hatten entkommen können. Als Beauftragter des «Emergency Rescue Committee» (ERC, Komitee zur Rettung aus der Notlage), das kurz zuvor in New York gegründet worden war, sollte Fry KünstlerInnen und Intellektuelle aufspüren, um ihre weitere Flucht auf dem Seeweg organisieren zu können.

Da auch das unbesetzte Frankreich die Flüchtlinge in Internierungslager sperrte, mussten manche AutorInnen erst einmal aus den Fängen von Polizei und Behörden befreit werden. Danach erwarteten sie neue Hürden. Hasler lässt sie den stets um neue Lösungen bemühten Fry aufzählen: «Die Ausreise aus Frankreich wird täglich schwieriger, der Druck der Vichy-Regierung auf amtliche Stellen nimmt zu. Wer Frankreich verlassen will, braucht eine Ausreisewilligung, die Ausländern nur ausnahmsweise gewährt wird, wenn alle Papiere en règle sind. Doch Flüchtlinge haben keine Papiere, und wenn, sind sie unbrauchbar, weil ihre Eigentümer gefährdet sind und sie ihre Identität wechseln müssen.» (S. 54)

Um die Bedrohten ausser Landes zu schleusen, mussten Fry und seine MitarbeiterInnen auch zu Methoden greifen wie der Fälschung von Papieren oder der heimlichen Überquerung der Grenze. Dies wiederum brachte dem Büro des ERC Rügen des amerikanischen Konsulats ein, das ihm vorwarf, die Gesetze des «Gastlandes» nicht zu respektieren. Obwohl Fry unter solchem Druck frühzeitig in die USA zurückkehren musste, gelang es dem Rettungswerk in der kurzen Frist bis zur Auflösung des Marseiller Büros im Juni 1942 durch das Vichy-Regime eine grosse Anzahl von politisch oder rassistisch Verfolgten in Si-

cherheit zu bringen; darunter Walter Mehring, Heinrich und Golo Mann, Marc Chagall, André Breton und Hannah Arendt.

Indem die Erzählung manche historische Figuren auf ihrer Flucht gleichsam eine Stütze weit begleitet, erfahren wir, was es auch noch heissen kann, verfolgt zu sein: persönliche und künstlerische Pläne, die aufgegeben werden müssen, Verunsicherung und Frustration, eine scheiternde Liebesbeziehung, eine abrupt endende Kindheit usw.

Anekdoten und Collage

Es liegt in der Natur des Themas der Fluchthilfe, dass sich im Buch zahlreiche Geschichten überkreuzen. Der anekdotische Charakter des Romans wird dadurch noch verstärkt, dass nur lose mit dem Rettungswerk des ERC verbundene Ereignisse eingeflochten sind. Eveline Hasler will offenbar Bezüge zur Schweiz herstellen, indem sie unter anderem Rösy Näfs Verdienst würdigt, jüdischen Jugendlichen gegen alle Hindernisse von offiziellen Stellen zur Flucht über die französisch-schweizerische Grenze verhelfen zu haben.

Bei der Vielzahl von Figuren bleiben jedoch die einzelnen konturlos. Varian Frys Gespräche mit sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten muten eintönig an. Der Respekt vor den historischen Gestalten scheint der lebendigen Darstellung hinderlich. Auf überraschende Weise durchbrochen wird die erzählerische Oberfläche aber, wenn collageartig Originalzitate eingefügt sind. So gibt eine längere Passage die erste Begegnung des aus einem Lager entkommenen Schriftstellers Hans Sahl mit Varian Fry in einem Hotelzimmer wieder, das zum Büro des ERC umfunktioniert ist: «(...) als ich die Türe öffnete und eintrat, kam mir ein freundlicher junger Herr in Hemdsärmel entgegen, legte den Arm um mich, stopfte mir einige Geldscheine in die Tasche, zog mich zum Fenster und wisperte wie ein nicht sehr guter Schauspieler, der eine Verschwörerrolle spielen soll: «Wenn Sie mehr brauchen, kommen Sie wieder. Inzwischen werde ich Ihren Namen nach Washington kabeln. Wir werden Sie herausbringen. Es gibt Wege, Sie werden sehen, oh, es gibt Wege (...).» Er goss mir ein Glas Whisky ein (...).

Die subjektive Sicht des Betroffenen wirft auf einmal ein neues Licht auf den sonst als unnahbar beschriebenen Fry. Vor allem aber tritt mit einem Schlag das Unwahrscheinliche des ganzen Unternehmens vor Augen und wie es durch die Entschlossenheit eines Sonderlings Tatsache werden konnte.

Anregungen

Eveline Hasler hat 1982 mit dem Buch über den Wahnsinn des europaweit letzten Hexenprozesses in Glarus neue Massstäbe des historischen Romans gesetzt. An die atmosphärische Dichte von «Anna Göldin, letzte Hexe» vermag ihr neuester Roman nicht anzuknüpfen. Er kann aber Anregungen vermitteln, sich mit den Umständen der Emigration zur Zeit des Nationalsozialismus zu beschäftigen.

Darüber hinaus fördert das Buch das Verständnis für die Lage von Flüchtlingen, ein Verständnis, das bei fast vier Fünfteln des schweizer Stimmenden fehlt, wie die Abstimmung vom 9. Juni zur Verschärfung des Asylgesetzes erneut gezeigt hat. Vielleicht fällt es anhand eines historischen Stoffs ja leichter als anhand der Gegenwart zu begreifen, dass reguläre Papiere nicht zur Bedingung für das Asyl gemacht werden dürfen, wenn die Rechte der Verfolgten ernsthaft und wirksam gewahrt werden sollen. Und dass es vor Ort Anlaufstellen braucht, die der Notlage von Flüchtlingen gerecht werden. Seien dies auch nur Botschaften, die, wenn sie schon keinen Whisky ausschenken, immerhin dazu da sein müssten, Asylanträge entgegenzunehmen.

EVELINE HASLER: MIT DEM LETZTEN SCHIFF. DER GEFÄHRLICHE AUFTRAG DES VARIAN FRY. NAGEL&KIMCHE. 2013. 23 FR.

Ägypten. Diskussion «Ägypten in Revolte». Eine anarchistische Gefährtin aus Belgien, die für einige Zeit in Ägypten war, kommt vorbei, und wir möchten die Gelegenheit nutzen, um an diesem Abend gemeinsam, ausgehend von den Ereignissen in Ägypten, zu diskutieren. Ein Abend über die mittlerweile mehr als zwei Jahre langen Kämpfe gegen die Macht in Ägypten. Zuerst gegen Mubarak, dann gegen die Armee und später gegen die Moslembrüder und verbündete reaktionäre Kräfte. Ein Abend über sozialrevolutionäre Keime, Ideen und Perspektiven, die während dieser turbulenten Jahre ausgesät wurden. Ein Abend über Anarchisten im Ägyptischen Kontext. Und schliesslich ein Abend über Revolution und Aufstand, über den Boden, aus dem sie entstehen, den Sauerstoff, den sie benötigen, die Grenzen, auf die sie stossen, und die freiheitlichen Ideen, durch die sie wachsen. Angesichts der jüngsten Ereignisse wollen wir uns ausserdem mit der Bedeutung der aktuellen Veränderungen in Ägypten für eine sozialrevolutionäre Perspektive auseinandersetzen, Veränderungen, die, mit der Machtergreifung der Armee und der Konfliktbereitschaft der Anhänger der Moslembrüder, dabei sind, die Lage zu komplizieren und eine bürgerkriegsähnliche Situation zu schaffen.

SAMSTAG, 20. JULI, 20.00 UHR
FERMENTO, ROSENGARTENSTRASSE 10
ZÜRICH

Kuba. Anlässlich des 60. Jahrestag des Sturmes auf die Moncada-Kaserne organisiert die Vereinigung Schweiz-Kuba (VSK) ein «Fiesta Moncada». Bus Nr. 10 ab Bahnhof Bern bis Haltestelle «Sportplatzweg». Für Musik, Grill, und Cuba-Bar ist gesorgt, Mineral und Rum werden offeriert. Sämtliche andere Getränke sowie Fleisch und Salate nimmt jedes selbst mit.

FREITAG, 26. JULI AB 17.00 UHR
PFADIHEIM STEIGRÜBLI, STEINGRÜBLIWEG 31
OSTERMUNDIGEN

Widerstand. Filmabend «Rebels with a Cause» (109 Minuten, USA 2000, Regie: Helen Garvy). Eine Chronik der «Students for a Democratic Society» (SDS) von den Anfängen in den frühen 60ern bis zur Auflösung 1970.

Zahlreiche ProtagonistInnen der Bewegung schildern in Interviews Weg und Entwicklung der Organisation von der Bürgerrechtsbewegung über die Proteste gegen den Vietnamkrieg bis zur Stadtguerilla der Weathermen. Deutlich werden einerseits die Gründe für die zunehmende Popularität der Organisation und ihre schrittweise Radikalisierung. Andererseits zeigt die Dokumentation, wie FBI und CIA die AktivistInnen verfolgten.

DONNERSTAG, 25. JULI, 19.30 UHR
INFOLADEN RABIA, BACHTELSTRASSE 70
WINTERTHUR

Internationalistischer 1. August. Die PdA Zürich lädt alle Genossinnen und Genossen, Freunde und Freundinnen ein zum gemütlichen Beisammensein. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

DONNERSTAG, 1. AUGUST, AB 17.00 UHR
GZ WIPKINGEN, BREITENSTRASSE 19A
ZÜRICH

FIFA. Gegen das Diktat der FIFA! Solidarität mit dem Widerstand in Brasilien! Vom 12. Juni bis 13. Juli 2014 findet in Brasilien die nächste Fussballweltmeisterschaft statt. Die Vorbereitungen sind schon voll im Gange: Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen, Menschenrechtsverletzungen, Bau von Stadien unter schlechten Arbeitsbedingungen, Ausbau der Überwachung, Steuerbefreiung und Exklusivverträge für Konzerne und dies alles auf Kosten der Bevölkerung. In Brasilien, bekannt als fussballbegeistertes Land aus dem unzähligen Fussballgrößen hervorgingen, formiert sich seit längerem Widerstand nicht gegen den Fussball selbst sondern gegen die FIFA.

Der Hauptsitz der Fifa liegt in Zürich. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns hier in Zürich mit den Menschen in Brasilien und ihren Kämpfen solidarisieren. Als Zeichen unserer Solidarität werden wir immer am 12. des Monats bis zur Fussball-WM der FIFA einen Besuch abstatten. Jeweils 18 Uhr Tramstation Zoo. Der Countdown läuft! Fussball ist politisch.

MONTAG, 12. AUGUST, 18.00 UHR
ENDSTATION «ZOO» (TRAM 6)
ZÜRICH